



Deutsche Polizei

Nr. 4 April 2006

Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei

Tabuthema Suizid

**Wenn Polizisten
verzweifeln**

In dieser Ausgabe:

**18. Ordentlicher
Bundeskongress des DGB:
Die Würde des Menschen
ist unser Maßstab**

**Digitalfunk:
Errichtung einer
Bundesanstalt
weiterhin notwendig**

**Öffentlicher Dienst:
Wandlungen im
öffentlichen Dienst**

**Föderalismusreform:
Irrungen und Wirrungen
des jungen W.**

**Fußball-WM
2004 – 2006:
Erinnerung und
Ausblick**

**EuroCOP:
Erfolg in Bratislava
findet Echo in der
Tschechischen Republik**

Seniorenjournal

2 KURZ BERICHTET

4 KOMMENTAR

Es geht auch um den aufrechten Gang

4/5 FORUM

6 TITEL/SUIZIDITÄT IN DER POLIZEI

*Tabuthema Suizid in der Polizei:
Wenn Polizisten verzweifeln*

15 18. ORDENTLICHER BUNDESKONGRESS

Die Würde des Menschen ...

16 PREISAUSSCHEIBEN

„Lichtblicke“-Gewinner

17 RECHT

Rechtsprechung

18 WASSERSCHUTZPOLIZEI

*Forschungsprojekt
„Arbeitsschutz auf Polizeibooten“*

I- & K-TECHNIK 19

*Digitalfunk: Errichtung einer Bundesanstalt
weiter notwendig*

INTERNATIONALES 21

*GdP auf dem 9. Europäischen
Polizeikongress in Berlin*

ÖFFENTLICHER DIENST 22

Wandlungen im öffentlichen Dienst

FÖDERALISMUS- REFORM 23

*Beamter werden 2007 – Irrungen und
Wirrungen des jungen W.*

FUSSBALL-WM 2006 26

Mitmachen und gewinnen!

*WM 1974 – WM 2006
Erinnerung und Ausblick*

EUROCOP 29

*Erfolg von EuroCOP in Bratislava findet
Echo in der Tschechischen Republik*

SENIORENJOURNAL 30

BÜCHER 32

Titelbild:
Foto und Titelgestaltung
Rembert Stolzenfeld



Deutsche Polizei



Druckauflage dieser Ausgabe:
182.300 Exemplare
ISSN 0949-2844



Inhalt:
100% Recyclingpapier
Umschlag:
chlorfrei gebleicht



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung

**Nr. 4 • 55. Jahrgang 2006 • Fachzeitschrift
und Organ der Gewerkschaft der Polizei**

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei,
Forststraße 3a, 40721 Hilden,
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0,
Fax (0211) 7104-222
Homepage des Bundesvorstands der GdP:
<http://www.gdp.de>

Redaktion Bundesteil:
Marion Tetzner
(verantwortliche Redakteurin)
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle,
Stromstraße 4, 10555 Berlin,
Telefon (030) 39 99 21 - 114
Fax (030) 39 99 21 - 190
E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de

Grafische Gestaltung & Layout:
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen
Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte
Manuskripte kann keine Gewähr übernommen
werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir
an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:

Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten

Verlag:
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
Fax (0211) 7104-174
E-Mail: vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Lothar Becker

Anzeigenleiter:
Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29
vom 1. Januar 2005

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

GESPRÄCH MIT DEM IMK-VORSITZENDEN:

GdP warnt vor Folgen der Föderalismusreform

Bundeswehreinsetzung im Innern, Föderalismusreform, Streiks im öffentlichen Dienst, Fußball-WM und Terrorismusbekämpfung waren die Themen eines umfangreichen Meinungsaustausches zwischen dem neuen Vorsitzenden der Innenministerkonferenz, Bayerns Innenminister Dr. Günther Beckstein, dem GdP-Bundesvorsitzenden Konrad Freiberg und seinem Stellvertreter Bernhard Witthaut, Vorsitzender des GdP-Landesbezirks Niedersachsen, am Freitag, 24. Februar 2006, in München. An dem Gespräch nahm auch der Vorsitzende des AK II der IMK, Ministerialdirigent Waldemar Kindler teil.

Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zum Luftsicherheitsgesetz, so Beckstein, schließe nicht grundsätzlich einen Ein-

satz der Bundeswehr im Innern aus. Es sei festgestellt worden, dass auch eine bevorstehende Katastrophe unter den Katastro-



(v. l.): Ministerialdirigent Waldemar Kindler, Innenminister Dr. Günther Beckstein, Oberregierungsrat Gerhard Reichel, Persönlicher Referent und Leiter des Ministerbüros, Bernhard Witthaut, Stellv. GdP-Bundesvorsitzender und GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg.

Foto: Rüdiger Holecek

phenbegriff falle. Konrad Freiberg untermauerte die Haltung der GdP, dass für Aufgaben der Inneren Sicherheit jeweils ausreichend polizeiliches Personal vorhanden sein und die Länder den Personalabbau umgehend stoppen müssten. Aus verfassungsrechtlicher wie auch aus fachlicher Sicht sei die Bundeswehr für Polizeiaufgaben ungeeignet.

Immer mehr stelle sich heraus, darin waren sich die Gesprächspartner einig, dass sich die geplanten öffentlichen Übertragungen der Spiele auf Großleinwänden im öffentlichen Raum zu einem unkalkulierbaren Sicherheitsproblem entwickelten. Es sei nicht zu beobachten, dass die Kommunen größere Anstrengungen unternähmen, den Veranstaltern des „Public Viewing“ Sicherheitsauflagen wie Absperrungen, Videoüberwachung und Personenkontrollen aufzuerlegen. Beckstein: „Die Kommunen wissen, wenn sie nichts tun, muss in jedem Fall die Polizei ran.“ Auch der Deutsche Städtetag habe sich gegen Einzäunungen ausgesprochen. Für die Polizei sei die zu erwartende Lage kaum berechenbar.

Ausführlich ließ sich der bayerische Staatsminister des Innern über die Tarifaueinander-

setzungen im öffentlichen Dienst aus gewerkschaftlicher Sicht informieren.

Freiberg: „Wenn jedes Land künftig auf eigene Faust wurschtelt, wird es nie Ruhe geben. Besonders für die Innere Sicherheit ist ein Rückfall in die Kleinstaaterei verheerend. Die Polizei entwickelt sich in Aussehen, Ausstattung, Ausbildung und Bezahlung schon jetzt auseinander. Nicht nur die bisher tadellos gemeisterten länderübergreifenden Einsätze werden künftig belastet.“ Bernhard Witthaut: „Schon die unterschiedliche Anrechnung der Bereitschaftszeiten bei gemeinsamen Einsätzen führt zur Demotivation der Beamtinnen und Beamten und Schwierigkeiten bei der Einsatzplanung.“ Witthaut regte an, dass der Vorsitzende der IMK dieses Thema mit seinen Länderkollegen erörtern solle.

Für den Bereich der Terrorismusbekämpfung mahnte Freiberg erneut die Realisierung der gemeinsamen Terrordatei an. „Es kann nicht sein, dass Projekte, auf die man nach langem Hin und Her sich bereits geeinigt hat, immer noch nicht verwirklicht sind. Das gilt auch für den Digitalfunk.“

hol

GEGEN ZWANGSPROSTITUTION:

GdP bringt sich in bundesweite Projekte ein

Verstärkte Anstrengungen zur Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution forderte die GdP anlässlich der Vorstellung der vom Deutschen Frauenrat gestarteten Kampagne „abpfiß – Schluss mit Zwangsprostitution“ am 7. März in Berlin, GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg betonte: „Menschenhandel entwickelt sich weltweit zu einem ähnlich einträglichen Geschäft wie der Drogenhandel. Allein in

Europa werden rund eine halbe Million Frauen im Netz organisierter Banden festgehalten und sexuell ausgebeutet.“ Gefordert seien die Einführung der Kronzeugenregelung für Opferzeugen in diesem Deliktsbereich, die Einrichtung weiterer Schwerpunktdezernate bei den Polizeien der Länder mit angemessener personeller Ausstattung, eine verstärkte Zusammenarbeit mit BKA, Bundespolizei, Zoll- und Finanzfahndung

sowie eine Verstärkung der internationalen Kooperation zur Strafverfolgung und Prävention. Ihre Fachkompetenz zum Thema bringt die GdP gegenwärtig in zwei bundesweite aktuelle Kampagnen ein, die im Zuge der Fußball-WM gegen diese Menschenrechtsverletzungen mobil machen wollen (siehe <http://www.frauenrat.de/frmset.asp> und <http://www.stoppt-zwangsprostitution.de>).

Insbesondere die GdP-Frauen-

gruppe (Bund) hat sich in den letzten Monaten intensiv für eine verbesserte Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution eingesetzt und u. a. einen umfangreichen Katalog mit Forderungen und Handlungsempfehlungen für Politik und Polizei erarbeitet. Ihr aktueller Flyer „Frauen im Abseits“ wirbt für die Verbesserung der Situation von Opferzeuginnen und die Erleichterung der Strafverfolgung (zum Download im Mitgliederbereich der GdP-Website – Ressort Frauen).

weust

Möllring blieb stur



Arbeitspensum am Wochenende: Die Mitglieder der Großen Tarifkommission der GdP haben sich am 12. März in Berlin getroffen, um erhoffte Verhandlungsergebnisse zu diskutieren und zu bewerten. Die Arbeitgeber haben's vereitelt.
Foto: B. Klasing

In den Verhandlungen am 10. und 11. März 2006 hat die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) unter der Führung des niedersächsischen Finanzministers Möllring am bisherigen Kurs festgehalten: Eine Mehrheit der Länder will keinen Kompromiss in diesem Tarifkonflikt.

Aber die Arbeitgeber-Front bröckelt. Wer die demokrati-

sehen Spielregeln in unserem Land noch ernst nimmt, ist in keiner Weise daran interessiert, die Gewerkschaften und damit tausende Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes in die Knie zu zwingen. Der Innenminister von Schleswig-Holstein, Dr. Ralf Stegner, machte es vor, indem er immer wieder für eine Kompromisslösung plädierte und – für die Front der Arbeitgeber völlig ungewöhnlich – den Mut aufbrachte, sich in aller Öffentlichkeit gegen die starre Haltung des

Verhandlungsführers Möllring zu stellen.

Mehrere Tausend Kolleginnen und Kollegen aus dem Polizeibereich stehen zum Teil seit Wochen im Streik – das zermürbt, zumal die Arbeitgeber bislang keinerlei Verhandlungsangebote machten. Daher wünschen wir all unseren Kolleginnen und Kollegen noch viel Kraft und Unter-

stützung, damit sie erfolgreich für ihre Interessen weiter kämpfen können.

Die ÖD-Gewerkschaften haben indes sehr wohl Kompromissvorschläge unterbreitet. Diese sind im Endeffekt aber am 10./11. März alle vom Tisch gefegt worden, weil Möllring nur ein Ergebnis akzeptiert: Seines. Und zwar kompromisslos.

Der Streik könnte längst ad acta gelegt sein, wenn nicht der Verhandlungsführer nach dem Termin vom 20. Februar 2006 erst für einen weiteren „Verhandlungstermin“ am 10. März zur Verfügung gestanden hätte.

„Für uns ist nach wie vor wichtig, dass es in diesem Tarifkonflikt nicht um „18 Minuten mehr Arbeit“ geht, sondern dass es grundsätzlich um die Zukunft von Gewerkschaften geht. Sie sollen in die Knie gezwungen und die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nach Gutsherrenart gefügig gemacht werden, indem ihnen Arbeitsbedingungen einseitig diktiert werden sollen.“

Kerstin Philipp, im Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP zuständig für Tarifpolitik

Doch ernsthaft verhandelt wurde zu diesem Termin bekanntlich wiederum nicht. Und so wurden die Gespräche in der Nacht zum 11. März unterbrochen. Zur Verabredung eines Folgetermins sah sich die Arbeitgeberseite nicht in der Lage. Daher bleibt gegenwärtig nur, den Streik so lange weiterzuführen, bis sich die Arbeitgeber ebenfalls zu Kompromissen entschließen und zu wirklichen Verhandlungen bereit sind. **kör.**

Fotos: Redaktion DP Rheinland-Pfalz, Bernd Fink, Dirk Schnubel, Renate Stiebitz, Redaktion DP Hamburg,



13. Februar 2006 in Ludwigshafen



6. März 2006 in München



23. Februar 2006 in Saarlouis



8. März 2006 Demo in Potsdam



21. Februar 2006, Hamburg-Mitte

Das waren die Kompromiss-Angebote, die die ÖD-Gewerkschaften am 10./11. März 2006 den Arbeitgebern vorlegten:

• 1. Arbeitszeit

Die Arbeitszeit bleibt bei 38,5 Stunden für die Beschäftigten in den Entgeltgruppen 1 - 10 (BAT X bis BAT IVa ohne Aufstieg nach III, Lohngruppe 1 - 9).

Die Arbeitszeit in den Entgeltgruppen 11 - 14 (BAT IVa mit Aufstieg nach III bis BAT Ib) soll 39,5 Stunden und 40 Stunden in Entgeltgruppe 15 (BAT Ib mit Aufstieg oder BAT Ia) betragen.

• 2. Jahressonderzahlung

Die Jahressonderzahlung soll ebenfalls nach Entgeltgruppen gestaffelt werden:

| | |
|----------|-----|
| EG 1-8 | 95% |
| EG 9-11 | 80% |
| EG 12-13 | 60% |
| EG 14-15 | 40% |

• 3. Einkommenserhöhungen

Nachdem die Länder für 2005 eine Einkommenserhöhung vehement abgelehnt haben, hat die Gewerkschaftsseite vorgeschlagen:

Die Einmalzahlungen für 2006 und 2007 sollen jeweils betragen

| | |
|----------|-------|
| EG 1-8 | 450 € |
| EG 9-12 | 300 € |
| EG 13-15 | 100 € |

KOMMENTAR

Es geht auch um den aufrechten Gang

Der Versuch, den Tarifkonflikt im Länderbereich in der Spitzenrunde zu lösen, musste am Samstagmorgen, 11. März 2006, ohne Ergebnis unterbrochen werden. Schon zu Beginn der langen Verhandlungsnacht am Tag zuvor war uns in der Verhandlungskommission klar:



Mit dem niedersächsischen Finanzminister und Vorsitzenden der TdL, Möllring, sitzt uns auf der Arbeitgeberseite statt eines Verhandlungsführers ein „Brandstifter“ gegenüber. Mit seinem Verhalten und jeder Geste signalisierte der Verhandlungsführer der Gegenseite seine offenkundige Verachtung gegenüber den Gewerkschaftsvertretern. Tarifverträge? Wozu? Trotzdem gingen die Gewerkschaften in dieser Nacht mehrfach bis zur Schmerzgrenze auf die Arbeitgeber zu. Doch der Arbeitgeberseite ging es nicht um ein Ende der Auseinandersetzung, sondern um eine Demütigung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und ihren Gewerkschaften. So haben die Hardliner unter den Vertretern der Tarifgemeinschaft deutscher Länder mit Möllring an der Spitze jedes Bemühen vereitelt, den Tarifkonflikt mit einem fairen

Interessenausgleich zu beenden. Das ist eine Zeitenwende in der Geschichte der Tarifverhandlungen. Erstmals signalisierte eine Mehrheit auf der Arbeitgeberseite, dass sie auf Dauer einen tariflosen Zustand wünscht, um nach Gutdünken mit den Beschäftigten umspringen und Angst um den jeweiligen Arbeitsplatz verbreiten zu können. Die Vernünftigen auf der Arbeitgeberseite konnten sich leider nicht durchsetzen. Wir, die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, hätten anbieten können, was wir wollten, die Arbeitgeberseite zeigte sich stur. Arbeitszeit, Weihnachtsgeld, Übernahme TVöD spielten auf Arbeitgeberseite eigentlich keine wirkliche Rolle mehr. Durch die dicken Türen des Besprechungsraumes der Arbeitgeber drang die Devise: „Wir wollen kein Tarifergebnis, weil wir keines brauchen. Wir brauchen keine Gewerkschaften, weil wir keine wollen.“ Die Folge: statt Interessenausgleich und Friedens- und Ordnungsfunktionen von Tarifverträgen einseitiges Lohndiktat durch die Arbeitgeber. Deshalb geht es neben einer Lösung des aktuellen Tarifkonflikts mit den Ländern auch darum, zu verhindern, dass die Gewerkschaften in die Knie gezwungen werden. Auch im Arbeitgeberlager gibt es nicht wenige, die eine solche Strategie mit ihren demokratischen Prinzipien nicht vereinbaren können, die das Gesetz des Dschungels nicht für ein fortschrittliches Gesellschaftsmodell halten. Der stellvertretende Vorsitzende der Länder-Tarifgemeinschaft, Schleswig-Holsteins Innenminister Dr. Ralf Stegner (SPD), gehört zu ihnen. Mutig hatte er vor der Presse die Verhandlungsführung Möllrings kritisiert, vor einem drohenden „tarifpolitischen Häuserkampf“ gewarnt, wenn keine Einigung erzielt werde

und eingeräumt, dass von den Gewerkschaften eine Kapitulation „... vernünftigerweise nicht erwartet werden könne.“ Auf der Arbeitgeberseite wurden sogar Forderungen laut, Möllring als Verhandlungsführer abzuziehen. Auch nicht wenige Kommentatoren warnten die Arbeitgeber vor einem „Spiel mit dem Feuer“ und die Frage wurde gestellt: „Wollen die eine andere Republik?“ Um diese andere Republik zu verhindern, brauchen wir nicht nur die wenigen noch vernunftorientierten Arbeitgebervertreter, sondern insbesondere auch unsere Kolleginnen und Kollegen. Streiks in Deutschland sind immer unpopulär, wenig beliebt bei den Bürgern, die von ihnen betroffen sind. Vor allem, wenn die Streiks lange dauern und dies ist bereits der längste Streik in der Geschichte der Tarifaussinandersetzungen im öffentlichen Dienst. Es verwundert deshalb nicht, wenn die Umfrageergebnisse zugunsten der Streikmaßnahmen in den Keller gehen, auch bei den Streikenden selbst. Den Kolleginnen und Kollegen auch der Gewerkschaft der Polizei, die sich mutig und überall sichtbar an den Aktionen beteiligt haben, merkt man die Belastungen der letzten Wochen an. Ihnen gebührt unser Dank und unsere Anerkennung. Aber ein Ende ist noch nicht absehbar. Deshalb brauchen sie Unterstützung. Es geht schon jetzt nicht mehr allein um den öffentlichen Dienst. Es geht darum, ob es den Möllrings, den Wulffs, Stoibers, Oettingers und ihren Gleichgesinnten in der Wirtschaft gelingt, den arbeitenden Frauen und Männern in Deutschland den aufrechten Gang zu verbieten. Ich glaube, es gelingt ihnen nicht.

Zu: Armut – Bildung – Kriminalität, DP 2/06

Der o. g. Beitrag beschreibt sehr fundiert und vor allem differenziert die gesellschaftlichen Risikofaktoren für die innere Sicherheit, mit denen wir konfrontiert sind. Dabei warnt die Autorin Dr. Bettina Paul zu Recht auch mit dem Hinweis auf „white-collar-Kriminalität“ vor zu einfachen und pauschalen Kausalzusammenhängen. Die Risiko- und Defizitlagen müssen, wie in dem Bericht geschehen, Politikern immer und immer wieder in aller Deutlichkeit präsentiert werden, um diese stets an den Grundgesetz-Auftrag zur Entwicklung eines freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaats zu erinnern. Zum einen sozialstaatliche Elemente abzubauen, zum anderen nicht entschieden genug gegen einen Werteverfall in der Gesamtgesellschaft anzugehen sowie gleichzeitig bei Neueinstellungen und bei der adäquaten Ausstattung der Polizei zu sparen – all das passt jedenfalls überhaupt nicht zusammen und hat mit Prävention nicht das Geringste zu tun.

Falko Grunau, Essen

Zu: 41 Stunden sind zu viel, DP 3/06

In Thüringen „dürfen“ die Wechselschichtbeamten mittlerweile 42 Wochenstunden arbeiten. Nein, nicht alle, werde ich sofort einen Aufschrei hören. Stimmt! Die jungen Kollegen, welche noch fit sind und ihre Kinder zu Hause haben, brauchen nur 40 Wochenstunden arbeiten. Die Alten, bei welchen die Kinder schon aus dem Haus sind, die „dürfen“ 42 Wochenstunden leisten. Da lese ich doch im Forum der DP 3/06, dass ein Kollege bei 41 Wochenstunden mehr Schichten machen und mehr Kilometer fahren muss. Stimmt alles! Aber, mir kommen die Tränen! Ich arbeite 42 Stunden in der Woche und wurde nicht gefragt, ob mir das passt! Hat sich der Kollege aus dem Forum mal gefragt, warum die Mehrstunden gefordert werden? Unsere Dienst-

herren geben den wahren Grund zwar offiziell nicht zu, aber rechnen wir doch einmal nach. 20 Kollegen im 40 Stundenrhythmus erbringen im Monat 3.200 Stunden. 20 Kollegen im 42 Stundenrhythmus 3.360 Stunden im Monat. Immer vorausgesetzt der Monat hat 20 Arbeitstage. Bleibt eine Differenz von 160 Arbeitsstunden. Diese 20 Kollegen ersetzen also stundenmäßig einen Kollegen. Denn die Gesamtzahl der Arbeitsstunden bleibt ja gleich. Nur die Kollegen, welche diese Stunden erbringen werden weniger. Rechnet dies mal auf ein Bundesland hoch und schon wird klar, warum die Dienstherrn unsere Wochenarbeitszeiten nach oben „korrigieren“! Das spart eine Menge Monatsgehälter, DUZ, Wechselzuschützungen usw.

Es sind schlicht und ergreifend versteckte Stellenkürzungen. Das ist die vielzitierte Fürsorgepflicht der Dienstherrn. Und illusorisch ist es zu glauben, dass die Dienstherrn darüber nachdenken, den Zusatzurlaub für Wechselschichtbeamte anzuheben!

Die Wahrscheinlichkeit ist um ein Wesentliches größer, dass sie über den nächsten „Streich“ beratschlagen! In diesem Zusammenhang finde ich es richtig, dass sich Angestellte im öffentlichen Dienst zurzeit gegen eine Anhebung der Wochenarbeitszeit zur Wehr setzen.

Ein Wechselschichtbeamter aus Südtüringen

Zu: Streik gegen Willkür, DP 3/06

Als Polizeibeamter im mittleren Dienst mit 42-Stunden Woche (Bayern) möchte ich klarstellen, dass ich keinerlei Verständnis dafür habe, dass Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst mit Unterstützung der GdP für eine 38,5 Stunden Woche (West), bzw. 40 Stunden Woche (Ost) bei Erhalt von Weihnachts- und Urlaubsgeld streiken. Zumal die überwiegende Mehrheit der Arbeiter und Angestellten weder Wechselschichten, noch regelmäßige Wochenenddienste leisten muss. Ich denke nicht, dass viele Arbeitslose

die Argumente für diesen Streik nachvollziehen können, denn hier wird auf hohem Niveau gejammert. Klar, jede Kürzung tut weh, aber es kann doch bei der derzeitigen Kassenlage in Bund, Ländern und Kommunen gar keine Alternative zu solchen Sparmaßnahmen geben. Ich bin nicht nur Beamter, sondern auch Steuerzahler. Als solcher erwarte ich, dass nicht mehr Menschen im öffentlichen Dienst beschäftigt werden, als tatsächlich benötigt werden.

Das Argument der Gewerkschaften, die Arbeitszeitverlängerung führe zu massivem Arbeitsplatzabbau, halte ich für heuchlerisch. Die Gewerkschaften werden mit den Streiks in der jetzigen Situation nämlich nur erreichen, dass immer mehr Aufgaben des öffentlichen Dienstes an private Träger vergeben werden (Müllabfuhr usw.). Nach meiner Auffassung haben gerade die Streiks der 80er Jahre und das lange Beharren auf der 35-Stunden-Woche sowie maßlos übertriebene Tarifabschlüsse mit zur späteren Massenarbeitslosigkeit beigetragen. Als GdP-Mitglied würde ich mir mehr Einsatz von Seiten der Gewerkschaft für die Belange der Polizei im Arbeitsalltag wie z. B. Ausstattung, Einführung des Digitalfunks und Aufwertung des Schichtdienstes auf der Straße wünschen, als im Arbeitskampf Fehler der 80er Jahre zu wiederholen, die mit Sicherheit keinen einzigen Arbeitsplatz erhalten, sondern genau das Gegenteil zur Folge haben.

Peter Neusius, per E-Mail



Immer wieder begegnet man in den Medien einer erschreckenden Unkenntnis über die Entwicklung der Gehälter im öffentlichen Dienst. Tabellen vom Bundesamt für Statistik zeigen anschaulich, wie sich seit dem 1.1.1960 bis heute die Gehälter entwickelt haben: Stellt man den prozentualen Lohn-/Gehaltssteigerungen den Jahresverbraucherpreisindex (VPI 1962 = 31,0



Übrigens: Künftig könnte sich die Frage stellen, wer zum Frühlingsfest die Ostereier bringen soll. Denn der traditionell dafür „zuständige“ Feldhase wird immer seltener.

In den meisten Regionen Deutschlands ist, von Ausnahmen abgesehen, der Feldhase

seit Jahren im Rückgang begriffen. Aber Hoffnung besteht: Die Deutsche Wildtier Stiftung engagiert sich für das gefährdete Tier. Informationen unter www.DeutscheWildtierStiftung.de

Foto: obs/Deutsche Wildtier Stiftung

gegenüber 2005 = 108,3) gegenüber, so konnten nicht einmal die jährlichen Inflationsraten mit den Arbeitgebern ausgehandelt werden. Andere Berufsgruppen, wie die Metallindustrie, Druckindustrie dürften die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst in Anbetracht der erzielten Steigerungen nur mitleidig belächeln.

Einerseits wird von jedem Mitbürger zu Recht erwartet, dass er von den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst kompetente Leistungen erhält, andererseits wird vergessen, dass die Erwartungen nur erfüllt werden können, wenn eine bestimmte Bestenauslese erfolgte. Und die erwarteten Dienstleistungen werden nun einmal nicht zum „Fielmann-Preis“ erbracht. An dieser Stelle soll nicht wiederholt werden, welche sonstigen Kürzungen den Mitarbeitern im öffentlichen Dienst in den letzten zehn Jahren aufgebürdet worden sind. Die daraus für die Bevölkerung entstehenden Gefahren werden trotz wegdiskutiert (wachsende Hell- und Dunkelfeldkorruption, Gefahren im personellen Geheimschutz wegen

Überschuldung als Sicherheitsrisiko, innere Kündigung, Leistungsabfall, durch Burn out bedingte Ausfallzeiten). Bezahlung nach Kassenlage und Gehaltsdumping sind der Untergang eines bislang noch funktionierenden Staatsbetriebs!

Lothar Seel, per E-Mail

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-114
Fax: 030/39 99 21-190
E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.de**

Tabuthema Suizid in der Polizei: Wenn Polizisten verzweifeln

Gegen 13 Uhr erschien der Polizeibeamte Detlef S. auf seiner Dienststelle am Berliner Kurfürstendamm. Eine Zeitlang blieb er allein in seinem Büro. Dann hörten Kollegen einen Knall. Sie eilten in das Zimmer und fanden S. tot. Er hatte sich mit seiner Dienstwaffe erschossen. Detlef S. hatte kurz vor der Beförderung zum Polizeihauptkommissar gestanden, war Leiter des Streifenendienstes und lebte seit kurzem in Scheidung. Er hinterließ seine Frau und zwei Kinder im Alter von neun und siebzehn Jahren.

Fünf Monate zuvor hatte ein 34-jähriger Polizeioberkommissar sein Dienstgebäude an der Kreuzberger Friesenstraße in Berlin aufgesucht und sich selbst getötet. Wenig später erschoss sich ein 39-jähriger Polizeihauptmeister auf seiner Dienststelle in Berlin-

Jährlich mehr als fünfzig Polizistinnen und Polizisten töten sich selbst, meist mit der eigenen Waffe und häufig auf der Dienststelle. Was bleibt, sind Trauer, Schuldgefühle und bleierne Schweigen. Experten fordern seit langem, das Schweigen zu brechen. Die hessische Polizei gab inzwischen ein Faltblatt mit Tipps und Adressen für alle Polizeibeschäftigten heraus. In Niedersachsen helfen Beraterinnen und Berater bereits im Vorfeld von Krisen. Bundesweit arbeiten Fachleute an neuen Hilfsangeboten.

Ein Bericht von Thomas Hestermann.

In Deutschland bringen sich jährlich mehr als 50 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten um. Insgesamt sterben in Deutschland jedes Jahr über 11.000 Menschen aus eigener Entscheidung – mehr als durch Verkehrsunfälle, Verbrechen und Drogen.

„Wir müssen die Vorbeugung verstärken“, fordert Prof. Dr. Hans-Gerd Jaschke von der Polizeiführungsakademie in Münster. „Dies ist allerdings unter dem Etikett Suizidverhütung kaum möglich. Es muss darum gehen, über Belastungen offen zu sprechen und das Klima in der

Polizei zu pflegen.“ Eine Schlüsselrolle hätten Vorgesetzte. „Es ist wichtig, dass sie ihren Blick dafür schärfen, welche ihrer Mitarbeiter gefährdet sind, von Depressionen bis hin zu Suizidabsichten.“

Suizide von Polizistinnen und Polizisten gelten behörden-intern als „wichtiges Ereignis“ (WE). „Seit Jahren werden die ent-

sprechenden WE-Meldungen in den Innenministerien abgeheftet und verschwinden in den Akten“, kritisiert ein Insider. „Kommt es mal wieder zu einer Suizidserie, steigt kurzzeitig das öffentliche

Interesse. Stellungnahmen werden angefordert, und schließlich wird das unbequeme Thema in falsche Pietät gehüllt.“

Mut zur Öffentlichkeit

Die Polizei-Führungsakademie in Münster dagegen bewies Mut. Sie entschloss sich, eine Seminararbeit des Akademieabsolventen Stefan Mayer zumindest einer begrenzten Fachöffentlichkeit zugänglich zu machen. Mayer hatte bundesweit Daten zum Suizid im Polizeidienst erhoben. Doch leicht fiel auch der Akademie der Schritt in die Öffentlichkeit nicht, wie Präsident Klaus Neidhardt und Prof. Jaschke durchblicken lassen: Unternehmen, Organisationen und behördliche Einrichtungen seien kaum daran interessiert, mögliche Fehlentwicklungen in ihren eigenen Reihen nach außen hin zu dokumentieren; zu groß die Gefahr des öffentlichen Missbrauchs von Daten in einer Zeit, wo Public Relations, Profilbildung und Konkurrenz auf dem Markt des öffentlichen Ansehens zu Leitbildern institutionellen Handelns geworden seien.

Stefan Mayer erfasste für den Zeitraum von 1991 bis 1998 aus den Bundesländern (außer Berlin) und dem damaligen Bundesgrenzschutz insgesamt 388 Suizide. Die wichtigsten Ergebnisse:

Der Suizid ist vor allem männlich – nur 14 Fälle (4 Prozent) der gemeldeten Suizide wurden von Beamtinnen begangen.

In ihrer Gesamtheit sind Polizeibeschäftigte nicht häufiger betroffen als ein in der Alters- und Geschlechtsverteilung ähnlicher Bevölkerungsschnitt. Doch innerhalb der Polizei gibt es Risikogruppen, die stärker suizidgefährdet sind. Dazu gehören vor allem Berufseinsteiger und Frau-



Foto: dpa

Marzahn. Auch er war Familienvater. Damit setzten 2004 innerhalb eines halben Jahres drei Berliner Polizeibeamte ihrem Leben ein Ende, alle drei in ihrer Dienststelle.

Doch während es zur Unfallverhütung zahlreiche Programme vom Verkehrskasper über Fernsehspots bis zu Fachvorträgen gibt, ist die Suizidverhütung kaum entwickelt.



Die Polizistin L. aus dem Film „Die Hoffnung stirbt zuletzt“ hat ihren Traumberuf gefunden ...

en. Doppelt so häufig wie im allgemeinen Bevölkerungsdurchschnitt sind Angehörige des mittleren Dienstes unter 20 Jahren betroffen. „Viele Einsteiger in den Polizeidienst erleben einen Praxischock“, sagt Prof. Jaschke von der Polizeiführungsakademie, „und

Nach dem Nationalen Suizidpräventionsprogramm der Weltgesundheitsorganisation gelten Polizei, Bundeswehr und Justizvollzug als besondere Risikogruppen, da sie Waffen tragen.

der ist bei einigen gewaltig“. Als früherer Ausbilder von Kommissarsanwärtern weiß er, mit welcher völlig unterschiedlichen Eindrücke angehende Polizistinnen und Polizisten von ihren ersten Praktika zurückkehren. „Sie reichen von Begeisterung bis zu Entsetzen – beispielsweise über Vorgesetzte und darüber, wie auf manchen Dienststellen geredet wird.“

Als stärkste Belastung gilt die Begegnung mit dem gewaltsamen Tod von Kindern. „Vorgesetzte sollten fördern, dass Beamte über Belastungen offen sprechen und nicht etwa erwarten, dass harte Männer sie mit sich selbst abmachen.“ Viele Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte reagieren auf seelischen Stress mit zynischen Sprüchen. Zynismus wirkt zunächst wie ein Schutzwall – und ist zugleich das Einfallstor in die Depression. Zynische Sprüche sind ein Alarmsignal für unbewältigte Gefühle.

Soweit die insgesamt geringen Fallzahlen von Polizeibeamtinnen aussagekräftig sind, liegt die Suizidrate der Polizistinnen im mittleren Dienst zwischen 20 und 50 Jahren rund doppelt so hoch wie die Häufigkeitszahl in den vergleichbaren Bevölkerungsgruppen.

Tödliches Mobbing gegenüber einer Polizeibeamtin war Thema des Tatort-Filmes „Die Hoffnung stirbt zuletzt“. Darin gerät eine junge Polizistin mit ihrem Revierleiter aneinander.

Kollegen malträtiert sie in der Umkleidekabine, nennen sie „Streifenmieze“. Schließlich lässt sie sich fallen, stürzt ins Nichts.

„Zuweilen werden Frauen in der Polizei diskriminiert, gerade im Wach- und Wechseldienst“, vermutet Prof. Jaschke. Doch einfache Erklärungen führten in die Irre. „Für Suizid gibt es nie nur einen Grund. Wer sagt, Mobbing führe zu Todesfällen, macht es sich zu einfach.“ Es gehe um Identität und Stabilität, die Men-

nach den mutmaßlichen Motiven. Als Auslöser wurden vor allem familiäre Belastungssituationen wie Scheidungen und Partnerkonflikte genannt, nur in sieben Prozent der Fälle dienstliche Anlässe. Die Motive bleiben allerdings spekulativ, stützt sich die Untersuchung doch auf die schriftlichen Angaben von Sachbearbeitern, die nur begrenzt Einsicht in die Fallgeschichten hatten. Sie dürften nach Ansicht von Mayer „nicht selten nur auf Vermutungen ba-



*Die „Umstände“ haben den Traumberuf für sie zum Albtraum werden lassen – Szenenfoto aus dem Tatort „Die Hoffnung stirbt zuletzt“.
Fotos (2): NDR, Gordon Timpen*

schen vor allem aus dem Dreieck von Beruf, Familie und Freizeit ziehen. „Dienstliche Belange spielen natürlich eine Rolle, aber immer im Kontext.“ Nicht alle Belastungen haben System – manchmal sind es Schicksalsschläge wie der Verlust eines nahen Angehörigen, die vormalig stabile Menschen aus der Bahn werfen.

Motive

Stefan Mayer fragte in seiner Studie zu Suiziden in der Polizei

sieren“. Dazu gibt es weder Vergleichszahlen noch wurde die Meldekompetenz der beteiligten Dienststellen eingehend untersucht. „Die Studie hat das Hellfeld erkundet“, erläutert Prof. Jaschke, „zugleich gibt es ein großes Dunkelfeld“.

Suizide innerhalb der Polizei werden oft voreilig mit privaten Motiven begründet. Häufig aber dürften die Ursachen vielschichtig sein. Und dienstliche und private Probleme sind schwer zu trennen – wenn beispielsweise homosexuelle Beamte im Dienst ihre Neigung verschweigen und weder mit ihrem Doppelleben zu

recht kommen noch die Selbstoffenbarung wagen, ist das ein rein privates Problem?

Auffällig ist, dass die Mehrzahl der Polizistinnen und Polizisten, die sich das Leben nahmen, Kinder hatten (62,6 Prozent) bzw. verheiratet waren (60,2 Prozent). Dabei hat die Forschung ergeben, dass die Verantwortung für Kinder Menschen eher vom Suizid abhält. Mit schweren psychischen Störungen waren die Fälle kaum zu erklären. Nur 8,2 Prozent derer, die sich selbst töteten, waren krankgemeldet.

Risiko Dienstwaffe

Etwa jeder fünfte Suizid von Polizeibeamtinnen bzw. Polizeibeamten ereignete sich auf der Polizeidienststelle. In rund zwei von drei Fällen war die eigene Dienstwaffe tödlich. „Die problemlose Verfügbarkeit der Dienstwaffe muss daher als zusätzlicher Risikofaktor bewertet werden“, ist Mayer überzeugt. Der frühere nordrhein-westfälische Landespolizeipastor Martin Krolzig spitzt es zu: „Der Polizist muss nicht lange nach einem

Mittel suchen, um sich zu töten. Er trägt es ständig bei sich. Suizidversuche gibt es bei der Polizei praktisch nicht.“

Die Selbsttötung ist das Ende eines Lebens und zugleich Beginn neuen Leids, sagt Pfarrer Krolzig. Den Suizid eines anderen Menschen mitzubekommen, wirke auf Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte wie radioaktive Verstrahlung. „Man sieht sie nicht, die Halbwertszeit ist beträchtlich, und sie macht schleichend krank.“

Der Suizid sei eine „pathetische Form der Kommunikation“, meint die Berliner Professorin Birgitta Sticher-Gil. „Das besonders Belastende an dieser Kommunikation ist ihre Unwiderruflichkeit.“ Die Überlebenden können nichts mehr fragen, nichts erwidern. „Die Person, die sich umgebracht hat, setzt einen Schlusspunkt im Kommunikationsprozess. In dieser Handlung zeigt sich – selbst wenn sie vielleicht in Ohnmacht und Verzweiflung vollzogen wurde – eine enorme Macht.“

Gegen die Zermürbung helfe nur Offenheit, meint Rita Wirrer, Dozentin an der Polizeiführungsakademie. „Wenn ein älterer Polizeibeamter stirbt, wird dies in der Regel schnell bekannt, man organisiert gemeinsame Fahrten zur Beerdigung. Nach einem Suizid wird oft geschwiegen.“ Wichtig sei aber, darüber zu reden. „Auch die Kollegen sind Hinterbliebene.“ Statt über Gründe zu spekulieren, gelte es zu fragen, was an dem Betroffenen aufgefallen sei und was sich an dessen Verhalten verändert habe. „Nicht um Schuld zuzuweisen, sondern um das Geschehen begreifen zu können.“ Je mehr aber der Mantel des Schweigens über einen Suizid gelegt werde, desto mehr wucherten Vermutungen und Schuldgefühle.

Regionale Prävention und Beratungsangebote

Alles ist daran zu setzen, Suizide zu verhindern. „Professio-

nelle Betreuer sind wichtig, aber ebenso, dass Kolleginnen, Kollegen und Vorgesetzte aufmerksam sind für Krisensignale“, meint Rita Wirrer. „Polizisten, die beispielsweise zusammen Streife fahren, arbeiten eng zusammen und bekommen viel von einander mit.“

Der verstorbene österreichische Psychiater Erwin Ringel, einer der weltweit renommiertesten Experten, befragte in den 50er Jahren mehr als 700 Menschen, die einen Suizidversuch überlebt hatten. Dabei ermittelte er, dass sich die Betroffenen zuvor wie in einer engen Schlucht gefühlt hatten, erdrückt von Isolation, in ihrem Selbst entwertet, getrieben von Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit.

Doch Patentrezepte gibt es nicht. Wie es im Volksmund heißt: „Ratschläge sind auch Schläge.“ Und manche Hilfsangebote können verletzen. „Wenn jemand einem anderen, der sich seit Wochen mit einem Problem herumschlägt, schon nach einem kurzen Gespräch eine Lösung vorschlägt, signalisiert damit: Was du nicht kannst, das schaff ich locker“, warnt Rita Wirrer. Solch eine Haltung könne mehr anrichten, als dass sie den Seelendruck mindere. Wichtiger sei, geduldig zuzuhören.

Dabei müsse sich niemand überfordern. „Wenn jemand in einem solchen Gespräch erfährt, dass sein Kollege tatsächlich daran denkt, sich umzubringen,



Die Botschaften des Suizids

Foto: dpa

So verschieden Menschen sind, so verschieden und meist vielfältig sind auch die Gründe aus denen sie sich umbringen. Aber einige lassen sich bündeln:

Strafe

Ein Mensch prangert in einem Abschiedsbrief den überlebenden Partner an. Die Botschaft: „Ich gebe dir die Schuld an meinem Tod, damit bestrafe ich dich.“

Selbstbestrafung

Ein Mensch hat nach seiner Ansicht so schwere Schuld auf sich geladen, beispielsweise mit einem Mord, dass er mit dieser Schuld nicht leben will. Die Botschaft: „Ich bestrafe mich selbst.“

Ausweg

Ein Mensch will nach reif-

licher Überlegung nicht mehr leben, beispielsweise ein alter Mensch, der den Suizid als einzigen Ausweg aus seiner Einsamkeit betrachtet. Die Botschaft: „Der Tod ist gnädiger als dieses Leben.“

Schicksal

Ein Mensch, der zwar leben will, aber in auswegloser Situation mit seinem sicheren Tod rechnet, kommt seinem Schicksal zuvor. Die Botschaft: „Ich bestimme den Zeitpunkt meines Todes selbst.“

Krise

Aus einer akuten Krise heraus ist ein Mensch zunehmend seines Lebensmutes beraubt und sieht keine Lösungsmöglichkeiten mehr. Die Botschaft: „So kann ich nicht mehr leben.“



DEUTSCHE POLIZEI-Autor Thomas Hestermann stieß auf Vorbehalte wie bei keiner Recherche zuvor. Dabei hat der Journalist und Sozialwissenschaftler bereits zahlreiche Artikel sowie zwei Bücher zu Kriminalitätsthemen verfasst und ist Dozent für Kriminalitätsberichterstattung. „Doch kaum ein Thema weckt so viele Ängste, etwas Falsches zu sagen, als das Thema Suizid in der Polizei“, ist seine Erfahrung.

Zugleich traf Thomas Hestermann auf viele Gesprächspartner, die mit großem Engagement, ausführlichen Gesprächen und internen Unterlagen die Recherchen unterstützen. „Diese Mischung von Vorsicht und Anteilnahme zeigt, wie nahe vielen dieses Thema geht.“

ist ihm zu empfehlen, sich mit diesem Problem an eine Beratungsstelle zu wenden – oder dem Betroffenen vorzuschlagen, mit ihm gemeinsam eine Beratungsstelle aufzusuchen.“

Anzeichen

Der verstorbene österreichische Psychiater Erwin Ringel, einer der weltweit renommiertesten Experten, fand heraus, dass sich die Annäherung an die Selbsttötung meist in drei Phasen vollzieht – zunächst stellt sich der Betroffene vor, tot zu sein und wie es den Überlebenden damit

gehe. Dann nimmt die Phantasie immer mehr Gestalt an. In der dritten, nunmehr bedrohlichsten Phase, stellt sich der Betroffene ganz konkret vor, wie er sich umbringt. Nun ist es bis zur unmittelbaren Vorbereitung nur noch ein letzter, kleiner Schritt.

Sowohl Vorgesetzte als auch Kolleginnen und Kollegen sollten über Symptome für Suizidgefährdung unterrichtet sein, fordert der Polizeibeamte Stefan Mayer. „Dies erscheint um so wichtiger, als dass man im Allgemeinen davon ausgeht, dass bis zu 80 Prozent der Betroffenen versuchen, vor einem Suizidversuch Kontakt mit ihrer sozialen Umwelt herzustellen und den Suizid oder Suizidversuch zumindest indirekt ankündigen.“

Erste Angebote

Während Niedersachsen mit den Regionalen Beratungsstellen vor allem auf die Kompetenz erfahrener Polizeibeamtinnen und -beamten setzt, sind beispielsweise in Rheinland-Pfalz sowohl Polizisten wie Psychologen und Sozialarbeiter mit der Beratung in Krisen betraut, und vielfach arbeiten sie mit Polizeiseelsorgern zusammen.

Uwe Lühmann untersuchte in Hannover das Suizidverhalten von Polizeibeamten von 1981 bis 1991 und die Chancen von gezielten Kriseninterventionsprogrammen. Ergebnis: Die Einführung eines Interventionsprogramms konnte die Zahl der Suizide in der Polizei erheblich vermindern.

Der Zentrale Polizeipsychologische Dienst der hessischen Polizei entwickelte 2002 ein

Suizidpräventionskonzept, wozu ein Faltblatt in der Auflage von 24.000 Exemplaren für alle hessischen Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen gehörte. „Im

Rückblick, wenn ein Suizid geschehen ist, können Kollegen und Vorgesetzte fast immer Eindrücke schildern, dass sich jemand zurückgezogen hat oder auffällig ernst wurde“, weiß Polizeipsychologe Kurt Peter. Er will Beamtinnen und Beamte ermutigen, auf verhaltensauffällige Kolleginnen und Kollegen zuzugehen, bevor es zu spät ist.

Vielfach wird Suizid verdrängt, so wie man früher das Thema Alkohol mied und allenfalls über „Nasszellen“ auf den Dienststellen ulkte. „Damit wurden die Kollegen zu Ko-Alkoholikern“, sagt Peter. „Mit Süchten gehen wir mittlerweile bewusster um. Jetzt ist es an der Zeit, über Depressionen und Suizidalität offen zu sprechen.“

Ein bundesweit zusammengesetztes Team von Polizeibeamten, Psychologen und weiteren Experten, zu denen auch Rita

Wirrer von der Polizei-Führungsakademie gehört, wird Fortbildungen zur Suizidverhütung entwickeln, die sich vor allem an polizeiliche Führungskräfte richten. „Vorgesetzte bestimmen das Klima in den Dienststellen, das gehört zu ihren zentralen Aufgaben“, erklärt Wirrer.

Was kann man tun, wenn man bemerkt, dass ein Kollege oder eine Kollegin auffällig verändert wirkt, etwa unvermittelt aggressiv reagiert, sich einkapselt oder den Dienstsport und gesellige Zusammenkünfte plötzlich meidet?

„Vorgesetzte bestimmen das Klima in den Dienststellen, das gehört zu ihren zentralen Aufgaben“

Rita Wirrer

„Jedem Suizid geht ein nicht geführtes Gespräch voraus“.

Erwin Ringel,
österreichischer
Psychiater

Für 2006 sind in Hessen mehrtägige Entlastungsseminare geplant, wo sich Polizeibedienstete Belastungen – wie den Umgang mit Kindesmisshandlung oder Tötungsdelikte – von der Seele reden können. Auch Beamte und Beamtinnen der Autobahnpolizei sind von Belastungen besonders betroffen. Sie spüren ihre Ohnmacht, wenn sie erleben, dass Menschen sterben und sie nichts tun können.

Rita Wirrer regt an, die eigene Sorge zu schildern und Gespräche verlässlich anzubieten. Die Hilfe müsse nicht grenzenlos sein. Man könne beispielsweise zusagen, sich eine Stunde Zeit zu nehmen. Dann könne man nach Ablauf dieser Stunde immer noch entscheiden, ob man das Gespräch beenden, sofort oder später fortsetzen wolle.

Wenn jemand deutlich werde und Sätze sage wie „Das hat alles keinen Sinn, ich will so nicht mehr weiter leben“, sei schnelles Handeln lebenswichtig. Wer von der akuten Krise einer Kollegin oder eines Kollegen erfahre und eine mögliche Selbstgefährdung annehme, sei in der Pflicht, für den Entzug der Dienstwaffe zu sorgen. Das verfügbare Mittel zu entziehen, könne einen wichtigen Schnitt setzen. Das Innehalten kann schon der erste Schritt sein, über eine akute Krise hinwegzukommen. Gespräche sind der Schlüssel, um Suizide abzuwenden.

Oder, wie der Psychiater Erwin Ringel warnte: „Jedem Suizid geht ein nicht geführtes Gespräch voraus.“

„Ich war auf der Kippe“

Polizeiobermeister Bernd Schulz (Name geändert) war in einer akuten Krise, kam nicht mehr zurecht. Seine Kollegen drückten beide Augen zu, wenn Schulz schon morgens mit einer Alkoholfahne zum Dienst kam. Nach einer Therapie nahm er seinen Dienst behutsam wieder auf und schöpfte neuen Lebensmut.

Bernd Schulz fühlte sich nirgends zu Hause. Der 37-Jährige war eingesetzt weit weg von seinem Heimatort und seiner

Kinder zu bekommen. „Wir hatten uns schon Namen überlegt.“ Als er ihr nun freudestrahlend erzählte, dass es mit dem Pendeln zwischen zwei Welten endlich vorbei sei, eröffnete ihm seine Frau, dass sie sich scheiden lassen wollte. Kurz darauf erfuhr er, dass sie einen Neuen hatte. „Ich fiel aus allen Wolken.“

Schulz versank in Depressionen. Er trat seine neue Stelle an und sah die Umwelt wie durch Milchglas. Wurde per Funk zu

Kummer in Rum, Bier oder Wein. Was er trank, war ihm egal, Hauptsache, er konnte irgendwann schlafen. Wenn er am Morgen mit einer Fahne aufs Revier kam, sprach ihn niemand darauf an. Die Wochenenden waren bleiern, Tage, in denen die Zeit wie angehalten schien. Seine neue, rasch angemietete Wohnung passte zu seiner Stimmung. Duster war sie, aus dem Wohnzimmer blickte er auf eine graue Garagenwand. Schulz stellte sich vor, das alles hinter sich zu las-

kurzerhand zu einem psychiatrischen Krankenhaus. Schulz ließ sich einweisen und Antidepressiva verschreiben. Ein Schritt, der ihm schwer fiel. Die Psychiatrie, das war der ferne Ort. Die Menschen, die hier waren, das waren bisher immer die anderen gewesen. Als Streifenpolizist hatte er einige Verwirrte hierher gebracht, wo er nun selbst eine Therapie begann.

Auf Initiative seines Vorgesetzten kam er in Kontakt mit einer polizeilichen Beratungsstelle. Dort stützte man ihn in langen Gesprächen, half bei der Versetzung an eine neue Dienststelle und riet ihm zu einem behutsamen Neuanfang.

Schulz arbeitete im ersten Monat nur vier Stunden täglich, dann sechs, dann acht, dann erst nahm er wieder Schichtdienst auf. Der Polizeibeamte suchte sich eine Wohnung, auf die er sich abends freute. Zu seinem Motto wurde ein Vers aus einem Song von Nena: „Ich geb’ nicht auf, ich geb’ niemals auf. Denn dafür ist das Leben zu kurz, dafür ist das Leben zu schön.“ Er stellte bei sich sein altes Klavier auf und nahm Schlagzeugunterricht. „Ich habe dafür Talent.“ Er traf alte Freunde und ging wieder unter Menschen.

Aus jetziger Sicht betrachtet er seinen Ausflug in die Psychiatrie wie ein unfreiwilliges Berufspraktikum. Er fühlt sich gereift und krisenfester – „heute würde ich nicht mehr so abrutschen“. Seine Lehre für Krisen ist: Hilfe anzunehmen, und dann ins Handeln zu kommen. Heute ist ihm

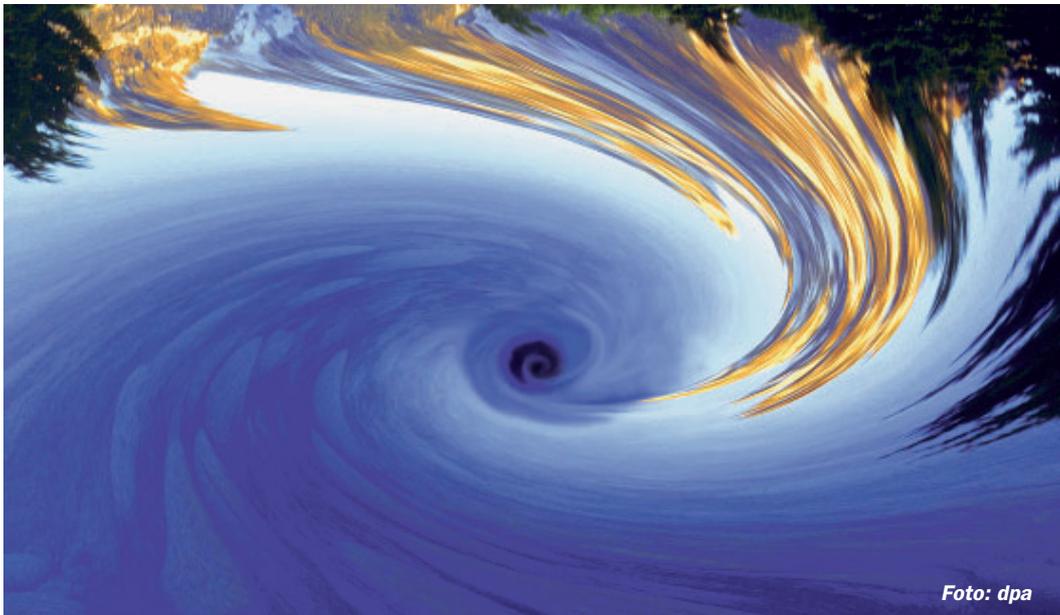


Foto: dpa

jungen Frau, mit der er erst seit kurzem verheiratet war. Nach der Schicht war er zu müde, um etwas anderes zu tun außer fernzusehen. Freundschaften am Dienstoff schloss er nicht. Schulz lebte nur fürs Wochenende. Und hoffte darauf, endlich eine Stelle tauschen zu können, um mit seiner Frau zusammen leben zu können.

Dann lag ein Zettel in seinem Fach – schon in wenigen Tagen sollte er in einem Ort nahe seiner Heimatstadt anfangen. Schulz konnte sein Glück kaum fassen. Am Wochenende zuvor hatte er zum ersten Mal mit seiner Frau darüber gesprochen,

einer Massenschlägerei gerufen. Griff sich irgendjemanden, um eine Zeugenaussage aufzunehmen, und hörte kaum zu. Er sah

Zu seinem Motto wurde ein Vers aus einem Song von Nena: „Ich geb’ nicht auf, ich geb’ niemals auf. Denn dafür ist das Leben zu kurz, dafür ist das Leben zu schön.“

die Szene wie einen Film vorüberziehen, in dem er selber keine Rolle spielte. Seine Kollegen machten sich im Stillen Sorgen um ihn, aber ließen ihn in Ruhe, wenn er am Schreibtisch saß und ins Leere starrte.

Abends ertränkte er seinen

sen. Vom Dach zu springen oder vor den Zug zu werfen – ihm schauderte zwar bei der Vorstellung, und zugleich lockte es ihn,

der Depression zu entfliehen, die ihn von morgens bis abends bedrückte. „Ich war wochenlang auf der Kippe.“

Eine Freundin erkannte, wie bedrohlich die Situation geworden war, und fuhr mit Schulz

jeder Moment kostbar. Er schaffte seinen Fernseher ab und engagierte sich in einer Kirchengemeinde. „Ich bin offener geworden“, sagt Schulz und breitet die Arme aus. „Heute weiß ich, wie schön das Leben ist.“

Thomas Hestermann

Krisenprävention bei der Polizei: „Die Kunst des Redens liegt im Zuhören“

Tabuthema Suizid: Polizeibeamte bringen sich nicht häufiger um als gleichaltrige Männer anderer Berufe. Aber es gibt Risikogruppen innerhalb der Polizei. Dazu gehören die Berufseinsteiger. Wo sehen Sie besondere Belastungen?

Als ich als Wachtmeister anfang, war ich zwar darin ausgebildet, was ich zu veranlassen hatte, aber mit meiner persönlichen Verantwortung und meinen Problemen, die sich aus den dienstlichen Problemen ergaben, fühlte ich mich allein gelassen. Ich erinnere mich noch sehr genau, wie ich später das erste Mal ein kleines Mädchen von etwa neun



Rolf Sprinkmann, Polizeipräsident von Osnabrück. Er setzte sich gemeinsam mit anderen Polizeiführungskräften Ende der 90er Jahre für die Gründung Regionaler Beratungsstellen für Polizisten und Polizistinnen mit besonderen Belastungen ein. Foto: Jörn Martens

Jahren auf dem Obduktionstisch liegen sah. Sie war abgemagert bis aufs Skelett. Ihre Eltern hatten sie vernachlässigt und offenbar misshandelt. Wir standen um dieses Kind herum, und alle am Tisch hofften, etwas zu finden,

Der Osnabrücker Polizeipräsident Rolf Sprinkmann hat den Beruf von der Pike auf gelernt, ist seit mehr als 40 Jahren Polizist. Als Vorgesetzter hat er immer wieder Kolleginnen und Kollegen in Krisen erlebt. Daher setzte sich Sprinkmann Ende der 90er Jahre mit anderen Führungskräften der Polizei für die Gründung von Regionalen Beratungsstellen innerhalb der Polizei ein. Mittlerweile hat jede niedersächsische Polizeidirektion erfahrene Beamtinnen und Beamte freigestellt, um Kolleginnen und Kollegen in Krisen beizustehen. Für die DEUTSCHE POLIZEI sprach Thomas Hestermann mit dem Polizeipräsidenten.

um die Eltern zur Verantwortung ziehen zu können. Aber das Kind war an einer Lungenentzündung gestorben. Damit gab es keine rechtliche Möglichkeit, die Eltern zu belangen. So etwas schützt man nicht so einfach ab.

Wo haben Sie Ihre Wut gelassen?

Ich habe zwei Tage den Anblick des toten Mädchens und die Wut, dass unser Rechtssystem hier keine Handhabe bot, mit mir herumgetragen. Später habe ich gelernt, dass rund 50 Prozent aller aufgeklärten Straftaten zu keinerlei Sanktionen führen. Polizisten müssen sich damit abfinden, dass sie Täter zwar aufspüren, diese aber häufig nicht abgeurteilt werden können. Auch bei diesem notwendigen Lernprozess kann Hilfe wichtig sein.

Wie wichtig ist die Begleitung für Berufseinsteiger?

Damals, vor 40 Jahren, wurde jeder im Polizeidienst sich selbst überlassen. Manche hatten an der Konfrontation mit dem Tod so schwer zu tragen, dass sie den Dienstbereich wechselten und beispielsweise keine Leichensachen mehr machen wollten. Viele haben einen eigenen Weg für sich gefunden. Andere haben sich nach einschneidenden Erlebnissen ein paar Tage krank-

schreiben lassen. Aber ich habe in meinem näheren Umfeld keinen Kollegen erlebt, bei dem sich die Berufsbelastung so sehr verdichtet hat, dass es zum Suizid gekommen ist. Wenn ich von Suiziden in der Polizei erfahren habe, lagen die Ursachen entweder in Kurzschlussreaktionen oder in psychischen Problemen.

Wenn jüngere Beamtinnen und Beamten erstmals mit besonders belastenden Eindrücken konfrontiert sind, was ist aus Ihrer Sicht wichtig, um den Seelendruck zu mindern?

Reden hilft. Manchen hilft es vielleicht, allein durch den Wald zu laufen, aber die meisten Menschen sind nach meiner Erfahrung so gestrickt, dass sie sich Probleme am besten von der Seele reden. Heute sind erfreulicherweise Führungskräfte in der Polizei herangewachsen, die Hilfe anbieten und Therapie nicht für etwas halten, was nur „Weicheier“ brauchen.

Wir haben in den 90er Jahren im Bezirk Weser-Ems beschlossen, vier Beamte freizustellen, um Kolleginnen und Kollegen bei ihren Belastungen beizustehen. Daraus sind die Regionalen Beratungsstellen in jeder niedersächsischen Polizeidirektion entstanden. Heute wird ein Polizist,

der sich mit traumatischen Erlebnissen an die Beratungsstelle wendet, nicht mehr belächelt – hoffe ich.

Worauf kommt es im Alltag an?

Die Kunst des Redens liegt im Zuhören. Vorgesetzte müssen den Raum lassen, ihre Leute über Probleme reden zu lassen, und sie müssen sie stützen, damit sie sich von Belastungen lösen können. Das trägt viel dazu bei, Probleme oder auch Suizidgefahren schon im Ansatz zu verhindern.

Polizisten, die sich das Leben nehmen, tun dies auffallend oft auf der Dienststelle. Warum?

Das kann man nur vermuten. Es kann ein Signal an die Dienststelle sein. Es kann der Appell an die Kollegen sein, sich um die Familie zu kümmern.

Das häufigste Mittel ist die Dienstwaffe. Sollte der Zugang eingeschränkt werden?

In unseren Dienststellen hat jeder nur Zugang zu seiner eigenen Dienstwaffe. Wenn ein Kollege in Probleme gerät, private oder dienstliche, wenn er depressiv wird oder zu trinken anfängt, wird ihm die Waffe sofort entzogen.

Die zweite Risikogruppe innerhalb der Polizei sind Frauen. Sie begehen häufiger Suizid als Frauen anderer Berufe. Haben Sie Vermutungen, warum?

Die Fälle, die besonders bekannt wurden, waren klassische Mobbingfälle, in denen die Beamtinnen in der Selbsttötung den einzigen Ausweg sahen. Ich kann mich gut an die Diskussionen in den 80er Jahren in der Schutzpolizei erinnern, als sich viele uniformierte Führungskräfte kaum vorstellen konnten, dass Frauen gute Polizistinnen sein können. Die Polizei hat sich mittlerweile zwar deutlich geändert, aber der Prozess ist nach meiner Beobachtung noch nicht abgeschlossen.

Welche Rolle spielen Vorgesetzte, um Beamtinnen und Beamte vor Mobbing zu schützen?

Vorgesetzte müssen dazu beitragen, ein angenehmes Arbeitsklima zu schaffen. Wenn Leute gern zur Arbeit kommen und Harmonie herrscht, jeder für den anderen einsteht, bemerkt man eher, wenn jemand feine Krisensignale aussendet. Aber da sind nicht alle Vorgesetzten gleich. Manche zeigen wenig Händchen für ihre Mitarbeiter, und sie sorgen dafür, dass über ihre Versäumnisse nichts nach oben dringt.

Wie lassen sich solche möglichen Krisenherde innerhalb der Polizei aufspüren?

Eine Zeitlang habe ich Mitarbeiterbefragungen für das geeignete Instrument gehalten. Aber ein Großteil der Mitarbeiter nimmt daran erfahrungsgemäß nicht teil.

Ein kleiner Rest gab konstruktive Hinweise, aber das waren in der Regel Informationen, die ich schon hatte. Also – hoher Aufwand, knackige Erwartungshaltung, kaum Ertrag.

Was bleibt?

Für Vorgesetzte ist ein Netzwerk aus Vertrauenspersonen wichtig, zu denen vor allem die Beratungsstellen, Frauenbeauftragte, Personalräte und die aktiven Gewerkschafter gehören.

Auch Vorgesetzte und andere Kollegen gehören natürlich dazu. Sie nehmen eine wichtige Alarmfunktion wahr. Sehr häufig sind sie es, die Signale erkennen und dadurch für rechtzeitige Abhilfe sorgen können.



„Es ist nicht länger hinzunehmen, suizidales Verhalten zu tabuisieren“, heißt es in einem Konzept der hessischen Polizei. Denn erfolgreiche Polizeiarbeit sei nicht nur an der Zahl der aufgeklärten Fälle zu beurteilen, sondern auch am partnerschaftlichen Umgang miteinander. Der Zentrale Polizeipsychologische Dienst der hessischen Polizei gab ein Faltblatt für alle Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten des Landes heraus, aus dem einige der folgenden Hinweise entwickelt sind.

Gefahrensignale

- Deutlich verändertes Verhalten, Rückzug von Zusammenkünften, Anzeichen von Niedergeschlagenheit wie Appetitlosigkeit, Fahrigkeit oder Schlafstörungen.

- Auch auffällige Ruhelosigkeit kann ein Warnzeichen sein.
- Jemand spricht davon, dass er „die Schnauze voll hat“ „oder wird gar konkreter, beispielsweise: „Wenn es so weitergeht, hänge ich mich auf ...“
- Nach einer Phase des Aufgewühltseins wirkt jemand grundlos gelassen.

Was Kolleginnen und Kollegen tun können

- Gespräche anbieten, dabei die eigene Besorgnis schildern, bei sich selbst bleiben, beispielsweise: „Mir fällt auf, dass du so traurig wirkst. Ich mach mir Sorgen um dich. Kann ich dir helfen?“
- Sich Zeit lassen für Gespräche, möglicherweise aber auch einen Zeitrahmen dafür setzen,

zum Beispiel eine Stunde lang nach Feierabend.

- Je früher Kollegen und Kolleginnen reagieren, desto besser sind die Chancen, dass Verzweifelte gerettet werden.
- Mit anderen über mögliche Hilfen beraten, eventuell eine Beratungsstelle einschalten.
- Keine Vorwürfe machen („Was ist denn mit dir los?“). Das provoziert eher Rückzug.
- Keine voreiligen Lösungsvorschläge unterbreiten, die als erniedrigend empfunden werden. Zuhören ist der Schlüssel zum Verständnis des anderen.
- Auf die eigenen Grenzen achten: Wollen und können Sie hilfreich sein? Eventuell professionelle Unterstützung einholen.
- Bei akuten Krisen: für Einzug der Dienstwaffe sorgen.

Foto: dpa

Krisenhilfe innerhalb der Polizei: Die Beraterin

Belastungen frühzeitig erkennen, Polizeibediensteten zur Seite stehen und dazu beitragen, seelische Nöte im Alltag zu lindern – das ist ihr Job: Kommissarin Christina Meyer von der Regionalen Beratungsstelle der Polizeidirektion Osnabrück ist Therapeutin und Polizistin zugleich.

Arbeitsbeginn im Hier und Jetzt: Jeden Morgen liest Christina Meyer die Tageslage des Lage- und Führungszen-

Christina Meyer bietet Gespräche an, wendet sich aktiv an die Beteiligten, hört zu. Sie fragt nach akuten Belastungsreaktionen – ob beispielsweise die Schreckensbilder immer wieder kehren. Wenn die Beamtin ihre Hilfe anbietet, sind die Reaktionen ihrer Gesprächspartner durchweg positiv. Die meisten reden sich schon am Telefon die Belastungen von der Seele. Manche kommen zum persönlichen Gespräch in Christina Meyers Büro.

Elf Jahre lang bearbeitete die Kommissarin Sexualstraftaten in Emden. In Gesprächen mit misshandelten Frauen stieß sie an Grenzen. „Da fehlte mir die psychologische Ausbildung, und Supervision gab es seinerzeit nicht“, erinnert sich die Beamtin. Vier Jahre lang bildete sie sich berufsbegleitend zur Gestalttherapeutin weiter, ist mittlerweile auch staatlich geprüfte Heilpraktikerin für Psychotherapie. Die erweiterte Kompetenz half ihr, mit Belastungen bewusster umzugehen und ihren Beruf besser zu bewältigen.

Die Gestalttherapie betrachtet Körper, Seele und Geist als Einheit und setzt auf den Psychotherapeuten als Seismographen, der seinem Gefühl vertraut. „Natürlich ist es im Polizeidienst wichtig, ganz sachlich Tatbestandsmerkmale zu erfassen. Aber wer nur das Faktische im Blick hat und sein Einfühlungsvermögen nicht verfeinert, kommt nicht weit.“

Mit ihrer Doppelqualifikation als Polizistin und Therapeutin bot Christina Meyer zunächst Seminare in der Aus- und Fortbildung an. Als 1999 in Niedersachsen die Regionalen Beratungsstellen gegründet wurden, wurde aus der Beratung ein Vollzeitjob. Das niedersächsische Modell, bei der polizeiinternen Beratungsarbeit auf die soziale und psychologische Kompetenz von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zu setzen, hat sich als erfolgreich erwiesen. Einen breit gefächerten Hintergrund bringt auch ihr Beraterkollege Johannes Jordan ein, der sowohl gestandener Polizeibeamter als auch studierter Pädagoge ist und langjährige als Personalratserfahrung hat. „Viele Kolleginnen und Kollegen schätzen, dass wir den Polizeialltag aus eigener Erfahrung kennen“, sagt Christina Meyer.

Seminare zum Thema Tod und Trauer gehören zu ihren Arbeitsschwerpunkten. Dabei geht es auch um das Tabuthema Suizid. „Was ein Suizid bei den Zurückgebliebenen auslöst, sind Schuldgefühle. Was dann folgt, ist oft das große Schweigen.“ Sie ermutigt, über Suizide zu sprechen, auch wenn einem das Thema nahe gehe. Erst recht, wenn Suizide in der Polizei selbst geschehen sind und sich damit die Grenze zwischen Helfer und Hilfsbedürftigem aufzulösen droht.

„Es gibt nie nur einen Grund für einen Suizid“, weiß auch Christina Meyer. „Entscheidend ist, dass man darüber spricht, auch Fehler eingestehen kann – aber sich damit nie zum Schuldigen an dem Tod eines Kollegen oder einer Kollegin macht.“

Vor allem aber geht es der Beraterin darum, soziale Kompetenz zu stärken, damit Polizeibeamtinnen und -beamte Krisen bewältigen können. „Wir versuchen, unsere Kolleginnen und Kollegen schon im Vorfeld von Krisen zu stärken, damit sie Ressourcen aufbauen und gegen belastende Ereignisse gewappnet sind.“

Thomas Hestermann

die würde des

18. ORDENTLICHER BUNDES

Die Würde

Eine Betrachtung von Jörg Radek, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der GdP

Von den Philosophen in der Antike bis zu den Verfassungsrichtern in der Gegenwart hat die Würde des Menschen die Menschen immer beschäftigt. Doch die Erkenntnis von der Unantastbarkeit der Würde konnte erst in der Zeit der Aufklärung zum Fundament des Zusammenlebens aller Menschen werden. Heute, dreihundert Jahre später, gilt sie schon vor der Geburt und wirkt über den Tod hinaus. Doch besonders in einer Zeit der Beliebigkeit und Infragestellungen sehnen sich die Menschen nach Orientierungspunkten.

Artikel 1 Grundgesetz garantiert uns, dass die Würde des Menschen in unserem Land unangetastet bleibt.

Allerdings schien im kompetenzrechtlichen Gezerre um das Luftsicherheitsgesetz der Lebens- und Würdeschutz fast unter zu gehen:

Der Aspekt des Einsatzes der Bundeswehr im Inneren unseres Landes hätte sicher unser Staatswesen verändert, doch mögliche Opfer gegeneinander aufzurechnen hätte unser menschliches Miteinander fundamental verändert. Deshalb hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 15.2.2006 ausgeführt, dass die Tötung als Mittel der Rettung tatunbeteiligter Personen mit dem Recht auf Leben in Verbindung mit der Menschenwürde nicht vereinbar ist. Die Umstände an Bord einer entführten Maschine können von den Menschen nicht selbst bestimmt werden. Sie werden so zu Objekten.



Foto: ddp

trums der Polizeidirektion Osnabrück. Wenn besonders belastende Ereignisse geschehen sind, greift sie zum Telefon, wie gerade bei einem schweren Verkehrsunfall. Ein Lastwagen hat ein Kind überrollt, und die Polizeibeamtinnen und -beamten vor Ort sind mit ihrer Ohnmacht und ihrer Trauer konfrontiert.

des Menschen ...

Der prägende Grundrechtskommentar von Theodor Maunz und Günter Dürig stellt jedoch gerade dazu fest: „Die Menschenwürde ist getroffen, wenn der konkrete Mensch zum Objekt, zu einem bloßen Mittel, zur vertretbaren Größe herabgewürdigt wird.“ Der Schutz der Menschenwürde wirkt zunächst also als Schutz vor der Willkür des Staates.

Die Menschenwürde – doppelte Wirkung

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts wurde „die Menschenwürde“ zum Schlagwort der Arbeiterbewegung. Die Forderung nach einem menschenwürdigen

„Die Menschenwürde ist getroffen, wenn der konkrete Mensch zum Objekt, zu einem bloßen Mittel, zur vertretbaren Größe herabgewürdigt wird.“

Aus: Grundrechtskommentar von Theodor Maunz und Günter Dürig

Dasein und nach menschenwürdigen Zuständen fügte damit dem Schutz vor staatlicher Willkür eine zweite prägende Bedeutung hinzu.

Unmittelbar aus der Menschenwürde kann auch die Verpflichtung abgeleitet werden, Lebensbedingungen für alle Menschen zu schaffen, die ein würdiges Dasein ermöglichen.

Gewiss ist der Einzelne ge-

schützt vor Beleidigungen, ist der Menschenhandel unter Strafe gestellt und die Vertraulichkeit des Wortes geschützt.

Doch wie steht es mit der Pflicht zur Schaffung menschenwürdiger Lebensbedingungen in unserem Land?

Klafft da nicht zwischen Anspruch und Wirklichkeit eine Lücke?

In den Modernisierungsprozessen von Produktions- oder Verwaltungsabläufen wird der arbeitende Mensch immer mehr als Kostenfaktor herabgewürdigt.

Die Würde des Menschen zu achten, ist ein Orientierungspunkt in der Zeit von Dax-Werten, Kapitalrenditen, Markenbewusstsein und der betriebswirtschaftlichen Steuerung der öffentlichen Verwaltung. Wer nur das Senken der Staatsquote im Auge hat verliert die Menschen aus seinem Blick.

Die soziale Schutzbestimmung der Menschenwürde wird auch dort unterhöhlt, wo von der Verwirklichung von Verfassungszielen abgewichen wird.

Steht am Anfang unserer Verfassung zu Recht die Wahrung der Menschenwürde, so steht weiter hinten das Ziel, die Herstellung der „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet“ (Art. 106 GG) herzustellen.

Unter dem Eindruck der gegenwärtigen Streiks um den Erhalt von Flächentarifverträgen und unseres Protestes gegen eine Besoldungspolitik, die als ein Ergebnis der Föderalismusreform eine Besoldung nach Kassenlage der Bundesländer erlaubt, kann man schon in diesen Bereichen feststellen, dass

„**Menschenwürdige Arbeitsbedingungen, freiheitliche Demokratie und die Kraft zum friedlichen Wandel wurden erreicht. Sie sind nicht unwiderruflich gesichert. Die Gewerkschaften wissen es und werden über die Gefahren wachen, die der sozial verpflichteten, verantworteten Freiheit drohen.**“

*Richard von Weizsäcker bei der
Eröffnung des DGB-Kongresses
am 25. Mai 1986*

wir in der praktischen Politik von dieser Vorgabe weit entfernt sind. Doch auch der Bundespräsident Horst Köhler hatte sich im September 2004 von diesem Ziel verabschiedet. In einem Interview zu den Verhältnissen im Land sagte er: „Aber unabhängig davon gab und gibt es nun einmal überall in der Republik große Unterschiede in den Lebensverhältnissen. Das geht von Nord nach Süd wie von West nach Ost. Wer sie einebnen will, zementiert den Subventionsstaat und legt der jungen Generation eine untragbare Schuldenlast auf.“

Die Diskussion, die sich diesem Interview anschloss, hatte einiges davon, dass sich die Menschen mit ihren Lebensbedingungen abfinden sollen.

In die Beliebigkeit der Zeit scheint es zu passen, dass der Staat für die Bedingungen der Wirtschaft verantwortlich ist und für den Sozialstaat die Gewerkschaften. Schafft der Staat nicht den passenden wirtschaftlichen Rahmen wird ein neuer Standort gesucht.

Für die Verwaltung oder die Polizei bedeutet dies Privatisierung, weil die Arbeit zu teuer ist. Es sind jedoch nicht die Menschen, die zu teuer sind. Sie sind in Strukturen eingebunden, die Arbeit verteuern. Zum Erhalt der Würde der arbeitenden Menschen ist es daher erforderlich, diese Strukturen zu verbessern. Ein Ansatz, der insbesondere bei den Modernisierungsprozessen häufig fehlt.

Der Bundespräsident wird zum DGB-Kongress erwartet. Was er als ehemaliger IWF-Präsident zur Würde der Menschen in der Arbeitswelt zu sagen hat, darf mit Spannung erwartet werden. Die Ansprache des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker bei der Eröffnung des DGB-Kongresses am 25. Mai 1986 enthielt folgende Passage:

„Menschenwürdige Arbeitsbedingungen, freiheitliche Demokratie und die Kraft zum friedlichen Wandel wurden erreicht. Sie sind nicht unwiderruflich gesichert.“

Die Gewerkschaften wissen es und werden über die Gefahren wachen, die der sozial verpflichteten, verantworteten Freiheit drohen.“



Rechtsprechung

Abmahnung – Ist gerichtlich nachprüfbar

Ein Arbeitnehmer, der von seinem Arbeitgeber eine Abmahnung erhalten hat, kann die Berechtigung dieser Abmahnung vom Arbeitsgericht überprüfen lassen.

Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein, Urteil vom 29. November 2005 – Sa 350/05



Geringfügige Beschäftigung – Pauschalsteuer zahlt Arbeitnehmer

Ist im Arbeitsvertrag eine Bruttovergütung vereinbart, so muss der Arbeitnehmer Lohnsteuer zahlen. Der Arbeitgeber kann die Steuer vom vereinbarten Lohn abziehen. Das gilt auch bei einer geringfügigen Beschäftigung hinsichtlich der pauschalierten Lohnsteuer. Nur bei einer Nettolohnabrede hat der Arbeitgeber die Lohnsteuer selbst zu tragen.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 1. Februar 2006 – 5 AZR 628/04



Beamtenbesoldung – Familienzuschlag nur für Verheiratete

Beamte und Beamtinnen, die mit einer Person desselben Geschlechts in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft leben, haben keinen Anspruch auf den Familienzuschlag, wie ihn verheiratete Beamtinnen und Beamte erhalten. Das Besoldungsgesetz nennt als Anspruchsberechtigte „verheiratete Beamte“. Die eingetragene Lebenspartnerschaft ist keine Ehe, sondern ein eigenständiger Familienstand.

Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 26. Januar 2006 – 2 C 43.04

Gesetzliche Krankenversicherung II – Wer Privatrente bekommt, muss zahlen

Die Rente aus einer privaten Lebensversicherung gilt als Einkommen, von dem eine eigenständige Krankenversicherung finanziert werden muss.

Der Fall: Die Ehefrau des Klägers war als Familienmitglied in der gesetzlichen Krankenversicherung ihres Ehemannes kostenlos mitversichert. Nachdem sie anfangs eine Rente aus dem privatrechtlichen Versicherungsvertrag in Höhe von monatlich 755,- DM zu beziehen, stellte die Krankenkasse fest, dass die Familienversicherung geendet habe. Der Kläger machte geltend, er habe lediglich eine Lebensversicherung auf den Namen seiner Ehefrau umschreiben lassen. Die garantierte Rente betrage auch nur 567,28 DM und liege damit unter der Einkommensgrenze des Paragraphen 10 Sozialgesetzbuch V. Der übersteigende Zahlbetrag sei eine nicht garantierte Überschussbeteiligung und somit als Einkommen nicht zu berücksichtigen. Das Bundessozialgericht war anderer Auffassung.

Das Bundessozialgericht: Wegen der Höhe der privaten Versicherungsrente von 755 DM war die Ehefrau des Klägers seit Beginn der Rentenzahlung nicht mehr familienversichert. Renten sind nach dem Gesetz mit dem Zahlbetrag und nicht mit dem steuerpflichtigen Betrag zu berücksichtigen. Zu den Renten im Sinne des Gesetzes gehören nicht nur Renten der gesetzlichen Rentenversicherung, sondern auch Renten aus privatrechtlichen Versicherungsverträgen. Die Ansicht, die Rente könne hier deshalb nicht mit dem Zahlbetrag berücksichtigt werden, weil sie nach dem Einkommensteuergesetz nicht steuerpflichtig sei, ist schon deshalb unzutreffend, weil die Kapitalerträge aus der gezahlten Rente während der Auszahlungsphase versteuert werden müssen.

Bundessozialgericht, Urteil vom 25. Januar 2006 – B 12 KR 10/04 R

Quelle: einblick

Forschungsprojekt „Arbeitsschutz auf Polizeibooten“

Der GdP-Bundesfachausschuss „Wasserschutzpolizei“ bemängelte bereits in den frühen 90er Jahren diverse Sicherheitsdefizite auf Polizeibooten. Das Spektrum reichte von konstruktionstechnischen Problemen bis hin zu profanen Ausrüstungsmängeln wie unzureichende Rettungswesten, zu schmale Gangborde und nicht ausreichende Übersteighilfen.

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) hatte aufgrund ähnlich gelagerter Probleme bereits vor über 10 Jahren ein Forschungs-

projekt auf Hochseefischereischiffen durchgeführt. Darin konnten wichtige arbeitsschutztechnische „Eckpfeiler“ definiert werden, die zu einem Rückgang

bestimmter Arbeitsunfälle geführt haben. Mit gleicher Intention hat sich die BAuA der GdP-Anregung angenommen, für den Bereich der Polizei Ähnliches zu konzipieren. Das aus dieser Idee geborene Forschungsvorhaben läuft nunmehr seit dem 1. Januar 2005. Es wird von einem Konsortium externer Forschungsnehmer unter Leitung des Rhein-Ruhr-Instituts für Sozialforschung und Politikberatung e.V.

(RISP) Duisburg durchgeführt.

Nachdem im Herbst des vergangenen Jahres der umfangreiche Zwischenbericht vorgelegt wurde, fand am 25. Januar die 2. Transferveranstaltung statt.

Der Zwischenbericht mit den bisherigen Ergebnissen sowie eine Zusammenfassung der Transferveranstaltung sind im Mitgliederbereich der GdP-Homepage zum Download eingestellt.

hjm

Digitalfunk: Errichtung einer Bundesanstalt weiterhin notwendig

Auf eine Kleine Anfrage der FDP vom 25.1.2006 erklärte die Bundesregierung am 9.2.2006, dass die Errichtung einer Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) weiterhin als notwendig angesehen wird. Ihr sollen als Auftraggeberorganisation von Bund und Ländern die Steuerung und Koordinierung des Aufbaus und Betriebs des digitalen Sprech- und Datenfunksystems für die BOS obliegen. Zugleich wurden die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen, um die Interessen aller Nutzer des Digitalfunks gegenüber den Auftragnehmern zu bündeln (siehe auch DP 8/05).

Auf die Frage, welche Rolle die DB-Telematik (ein Tochterunternehmen der Deutsch Bahn AG) bei der Planung, beim Aufbau und Betrieb konkret spiele und welche Referenzen die DB-Telematik aufweisen könne, erklärte die Bundesregierung, dass die hohen Anforderungen an Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit der Kommunikation der Sicherheitsbehörden und das hohe Gefahrenpotential durch mögliche Angriffe auf die Netzinfrastruktur des BOS-Funksystems nach besonderer Sorgfalt und Erfahrung bei der Einrichtung und dem Betrieb des BOS-Digitalfunks verlangen.

Die DB-Telematik verfüge über weit reichende Erfahrungen mit Planung, Aufbau und Betrieb des digitalen Bahnfunknetzes, das als Hochsicherheitsnetz ausgelegt sei. Des Weiteren werde das bundesweite Liegenschafts- und Trassennetz des DB-Konzerns von der Bundespolizei besonders gesichert.

Dem künftigen BOS-Digitalfunk werde eine abgestimmte Gesamtnetzplanung für ein bundesweit einheitliches und flächendeckendes Netz zugrunde liegen. Die Gesamtnetzplanung berücksichtige die Funkversorgungsanforderungen des Bundes und der Länder. Der Bund habe sich verpflichtet, die im Mindeststandard GAN-Gruppe („Gruppe Anforderungen an das Netz“) niedergelegten Versorgungsgrade für 50

Prozent der Fläche eines jeden Landes sicherzustellen und trage die Kosten für die Errichtung und den Betrieb dieses Flächenanteils (Rumpfnetz), die zentralen Netzelemente (Kernnetz) und für die Versorgung der Luft- und Wasserfahrzeuge (12-Seemeilen-Zone) der BOS. Die Abstimmung zwischen Bund und Ländern habe zu einer gemeinsamen Roll-out-Planung geführt, die den schrittweisen und harmonisierten Aufbau einzelner Netzabschnitte vorsehe, um die wirtschaftliche Errichtung des auf gemeinsamer Planung beruhenden Gesamtnetzes sicherzustellen. Eine separate Errichtung von Bundes- und Länderteilnetzen sei nicht vorgesehen. Vielmehr stehe der Begriff Rumpfnetz synonym für die Anzahl der Basisstationen, für die der Bund pro Netzabschnitt aufkomme, um die zugesagte 50-prozentige Flächenversorgung sicherzustellen.

Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit sollen sowohl der Lieferant der Systemtechnik als auch der künftige Betreiber des Digitalfunknetzes vertraglich verpflichtet werden, so dass eine Berücksichtigung dieser Kosten mit Vertragsabschluss sichergestellt ist.

Für die BOS des Bundes werde die neue Digitalfunktechnik in vorhandene Leitstellen integriert; die Struktur bleibe zunächst erhalten.

HMü

GdP auf dem 9. Europäischen Polizeikongress in Berlin

Erschienen waren rund 1.450 Experten und Führungskräfte aus Polizei, Streitkräften, Nachrichtendiensten, Katastrophenschutz und anderen sicherheitsrelevanten Organisationen aus rund 50 Ländern. Auch zahlreiche Minister und Staatssekretäre weilten unter den Gästen.

In diversen Podiumsdiskussionen standen Themen wie Risikologen, Krisenmanagement, Panikprävention und Bevölke-

„Sicherheit bei Großereignissen“, so lautete das Motto des 9. Europäischen Polizeikongresses am 14./15. Februar 2006 im Berliner Congress Centrum (BCC), zu dem der „Behörden Spiegel“ eingeladen hatte.

Darüber hinaus moderierte Konrad Freiberg das Panel „Technische Modernisierung der Polizei“. In seinem Eingangsstatement wies er darauf hin, dass die Informations- und Kommu-

endes bundeseinheitliches digitales Funksystem zur WM 2006 für die Polizei nicht zur Verfügung stehen wird.

Voraussetzung für die unbedingt erforderliche enge, länderübergreifende Zusammenarbeit der Polizeien von Bund und Ländern seien allerdings nicht nur einheitliche Kommunikationsmittel, sondern auch einheitliche Standards im Rechnerverbund. Die Innenminister von Bund und Ländern hätten sich in der zurückliegenden Zeit von diesem Gedanken offensichtlich überhaupt nicht leiten lassen. Im Gegenteil: Sie ließen für ihre Polizei eigene Softwaresysteme entwickeln. Dabei habe es ihnen offensichtlich gefallen, sich jeweils, im Ehrgeiz das bessere System beschafft zu haben, zu überbieten.



**GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg am GdP-EuroCOP-Stand im Gespräch mit dem Gewerkschaftssekretär Jan Vellemann von EuroCOP
Fotos: Horst Müller**

rungsschutz und die dafür nötigen Organisationsstrukturen und technische Ausstattung auf der Tagesordnung.

Erstmals mit dabei war auch die GdP. Sowohl mit einem gemeinsamen Stand mit EuroCOP, als auch in Persona.

Während die Standbetreuer von GdP und EuroCOP den interessierten Besuchern keine Antwort auf deren viele Fragen schuldig blieben, konnte der GdP-Bundsvorsitzende Konrad Freiberg den GdP-EuroCOP-Stand als Ort für zahlreiche Interviews nutzen. Thema des Tages: der „Einsatz der Bundeswehr während der WM 2006“.

nikationstechnologie für die deutsche Polizei eine zentrale strategische Bedeutung habe, da die Verarbeitung von Informationen ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit der Polizei sei. Dazu würden im Wesentlichen das Erheben, Speichern und Verknüpfen von Daten, u. a. zur Aufklärung von Sachverhalten im Rahmen der Gefahrenabwehr, zur Ermittlung in Strafsachen sowie zur Prävention gehören.

Freiberg kritisierte auch das politische Hickhack über die Finanzierung des Digitalfunks für die „Blaulichorganisationen“. Dieser Streit hat letztlich dazu geführt, dass ein flächendeck-

lungen oftmals nicht definiert worden.

Vor dem Hintergrund der zunehmend kritischen Situation der öffentlichen Haushalte, bei gleichzeitig steigenden Anforderungen an die Leistungsfähigkeit staatlicher Stellen, müssten die Potentiale im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik deutlich besser erkannt, für den eigenen Bereich definiert, standardisiert und vernetzt werden.

Auch die Politiker müssten erkennen lernen, dass die Entscheidung über Erfolg oder Misserfolg in den aktuellen Handlungsfeldern der Polizei in erster Linie nicht von konventionellen Einsatzmitteln, sondern wesentlich vom Einsatz der aktuellen und zukünftigen Informations- und Kommunikationstechnologie abhängen. Dafür brauche man allerdings auch qualifiziertes und motiviertes Personal.

Der 10. Europäische Polizeikongress findet vom 14.-15. Februar 2007 zum Thema „Terrorismusabwehr in Europa – Nationale, europäische und internationale Konzepte und Technologien“ in Berlin statt. Der Eintritt ist für Polizeibeamtinnen und -beamte nach vorheriger Anmeldung und



Am Info-Stand des Gemeinsamen Zentrums der deutsch-französischen Polizei- und Zollzusammenarbeit konnte man aufschlussreiche Informationen über Aufgaben und Tätigkeiten erhalten.

Heute müsse man nun leider als Folge dessen feststellen, dass einheitliche Schnittstellen im Rechnerverbund zwischen Bund und Ländern nicht vorhanden sind. Auch gemeinsame Standards seien bei den Eigenentwick-

unter Vorlage des Dienstausweises – kostenfrei.

Weitere Infos unter:
www.europaerischer-polizeikongress.de/

Horst Müller

Wandlungen im öffentlichen Dienst

Seit den frühen 90er-Jahren sind die Strukturen des öffentlichen Dienstes stark in Bewegung. Personalabbau und Arbeitszeitverlängerung ließen die Kosten sinken. Dadurch ist der Leistungsdruck gestiegen. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes arbeiten längst flexibler als weithin bekannt. Das zeigt eine Analyse von Berndt Keller, Professor für Arbeitspolitik an der Universität Konstanz. Und: Öffentliche Arbeitgeber sind nicht mehr die Modellarbeitgeber, die sie einmal auch für die Privatwirtschaft waren. Unter dem Druck erheblicher Haushaltsdefizite und wachsender Staatsverschuldung gewinnen kostenorientierte Strategien die Oberhand über langfristige politische Überlegungen zu Umfang und Qualität staatlichen Handelns.

Rund drei Jahrzehnte waren Tarif- und Beamtenbereich eng gekoppelt. In der Regel wurden die für Arbeiter und Angestellte vereinbarten Entgelte und Arbeitsbedingungen kurze Zeit später – per Gesetz – auch auf die Beamten übertragen. Dieser Quasi-Automatismus einer Gleichbehandlung löst sich seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts in mehrfacher Hinsicht auf: Die Besoldungserhöhungen folgen nicht mehr zeitnah den Tarifabschlüssen und werden nicht mehr für sämtliche Gruppen übernommen.

Seit 2003 kehrt sich die Regelungsfolge um: Für die Beamten werden längere Arbeitszeiten angeordnet – um Fakten zu schaffen für die Tarifverhandlungen mit den Angestellten und Arbeitern. Mit dem Argument, aus Gründen der „inneren Gerechtigkeit“ keine ungleichen Betriebsbedingungen entstehen zu lassen, versuchen die öffentlichen Arbeitgeber auf diese Weise, für alle eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit durchzusetzen.

Die Ausdehnung der Arbeits-

Die Tariflandschaft im öffentlichen Dienst hat sich in den vergangenen Jahren grundlegend verändert. Das Arbeitgeberlager ist aufgespalten, der Flächentarifvertrag segmentiert. Tief greifende Änderungen, wie die angestrebte Bezahlung nach Leistung, stellen neue Herausforderungen dar.

zeiten auf bis zu 42 Stunden bei den Beamten hat Folgen: Die öffentlichen Arbeitgeber versuchen so, mit weniger Personal die gleichen Dienstleistungen anzubieten und entlasten die strapazierten öffentlichen Haushalte. Für die Beschäftigten bedeutet die Entwicklung seit Jahren eine erhebliche Arbeitsverdichtung und -ausweitung. Über Einstellungsstopps und das Nichtbesetzen freier werdender Stellen wird erheblich Personal abgebaut. In den 90er-Jahren fiel bereits mehr als ein Viertel aller Stellen weg. Auf dem Arbeitsmarkt verschlechtern sich die Chancen auf eine Anstellung im öffentlichen Dienst.

Herausforderung TVöD

Eine umfassende Erosion des Flächentarifvertrags im Sinne einer Verbetrieblichung sieht Keller nicht. Doch es gibt inzwischen einen offensichtlichen Trend zur Dezentralisierung. Vor drei Jahren kündigten die Länder dem Bund und den Kommunen die jahrzehntelang stabile Verhandlungsgemeinschaft auf. Die Länder sind für viele personalintensive öffentliche Bereiche wie Bildung und Wissenschaft zuständig – mit 38 Prozent Personalkosten an ihren Gesamtausgaben.

In die Richtung einer allmählichen Dezentralisierung und Flexibilisierung wirken auch Öffnungsklauseln. So können die Kommunen mit der jeweiligen Bezirksgewerkschaftsvertretung vom Tarifvertrag abweichende Regelungen zur Wochenarbeitszeit vereinbaren. Noch weiter geht der im Oktober 2005 vereinbarte Tarifvertrag für den öffent-

lichen Dienst (TVöD). Er hat das gesamte Tarifrecht grundlegend verändert. Zentrale Elemente sind ein einheitliches Entgeltsystem für Arbeiter und Ange-

Beteiligten erheblich belasten. Eine große Herausforderung ist auch die angestrebte Bezahlung nach Leistung, was nicht zusätzlich zum Gehalt, sondern kostenneutral durch Umschichtung geschehen soll. Wichtige Voraussetzungen, wie fundiertes Fachwissen im Personalmanagement, sind im öffentlichen Dienst bislang kaum entwickelt. Zudem müssen transparente Kriterien und Messvorgaben für die Beurteilung der Leistung entwickelt werden. In-



Quelle: Berndt Keller – Aktuelle Entwicklungen der Beschäftigungsbeziehungen im öffentlichen Dienst

stellte, flexiblere Arbeitszeiten – etwa über Zeitkonten – sowie die Einführung leistungsbezogener Komponenten. Außerdem stimmten die Tarifpartner der Schaffung einer Niedriglohngruppe für an- und ungelernete Arbeiter zu.

Allein die Einführung der künftigen Eingruppierungssystematik wird Jahre dauern und alle

ternationale Evaluationsstudien zeigen: Die Erfahrungen anderer europäischer Länder mit leistungsbezogenen Komponenten sind durchaus gemischt und rechtfertigen kaum die hohen Erwartungen, die hierzulande daran geknüpft werden, so Keller.

Quelle: Böckler Impuls Nr. 4/06

Beamter werden 2007 – Irrungen und Wirrungen des jungen W.

Eine fiktive Berufs-Recherche – aufgeschrieben von Heinz Werner Gabler

Da ich im Dreiländereck, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen wohne und auch das Saarland nicht so weit weg ist, habe ich versucht mich bei diesen vier Ländern zu informieren – gar nicht so einfach, nachdem im Jahr 2006 die Zuständigkeit für Besoldung, Versorgung und Laufbahnrecht auf die einzelnen Länder und den Bund übertragen wurde. Da nützten dir Geschichte, Deutsch

Ich heiße W., bin 1987 in der Pfalz geboren und mache Anfang dieses Jahres 2007 mein Abi. Nun beginnt langsam der Terz mit der Berufswahl ... Meine Eltern meinen, werde doch Beamter, da hast du einen sicheren Arbeitsplatz und später eine Pension, mit der es sich gut leben lässt. Also habe ich mich mal erkundigt, wie das so ist mit dem Job als Polizist.

das weniger – irgend so eine Einsparauflage zur Steigerung der Liquidität der öffentlichen Hand.

Wenn du nach Ludwigshafen kommst, bist du auch Kommissar, aber da in dieser Industriestadt weniger Leute zur Polizei wollen, wird man dort nach F 10 bezahlt. Dort hast du dann 300 Euro mehr als in Trier.

Wie ist das eigentlich, wenn man von Ludwigshafen nach Trier kommen will, ich glaube das nennt sich Abordnung oder Versetzung oder so. Das konnte mir keiner genau sagen, denn dieses Strukturgesetz und die dazu ergangenen Verordnungen und Verwaltungsvorschriften seien noch ganz neu. Da weiß man noch nicht, ob das überhaupt geht oder ob hier so was wie Besitzstandswahrung greift und außerdem weiß man ja noch nicht, wie das mit meiner Leistung ist. Denn je nach dem, was du leistest, kannst du schneller mehr Geld kriegen oder im Leistungsaufstieg gehemmt werden – was immer das heißen mag ...

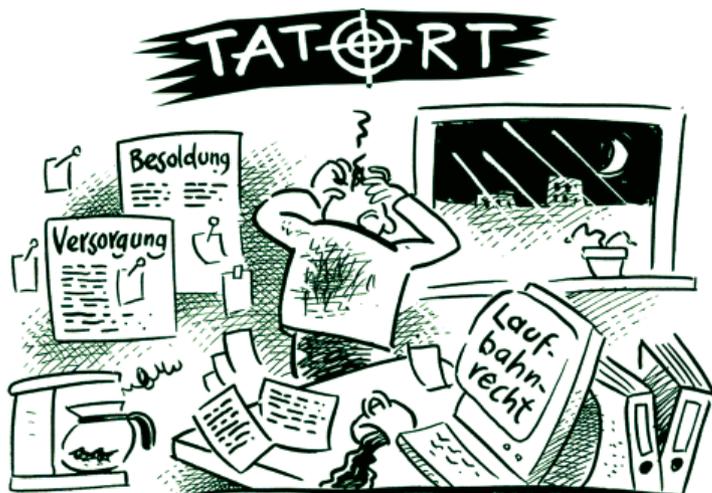
Kann auch sein, dass ich besonders starke Leistung zeigen muss, um überhaupt nach Trier zu kommen. Die nehmen nur die Besten, da ja ein Bewerberüberhang besteht. Dann kriegst du mehr Geld für die Leistung, bist dann aber in F 8 und hast hinterher weniger als einer der weniger leistet aber in Ludwigshafen dient, wegen der nicht vorhandenen Bewerber. Verstehst du nicht? Ich auch nicht.

Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 41 Basisstunden, zuzüglich 51 Stunden variable Pflichtzeiten jährlich. Urlaub gibt's 30 Tage im Jahr, abzüglich einer

Effizienzquote von einem Tag je angefangene 10 Tage Abwesenheitszeiten, die nicht auf einem Dienstudfall beruhen. Auf jeden Fall verbleiben aber 15 Tage Urlaub im Rahmen der Fürsorgepflicht des Dienstherrn als so genannte geschützte Erholungszeit.

Dann hab ich noch den Fehler begangen und nach der Pension gefragt.

Also, da bekommst du als Grundpension 69,75 % vom Endgrundgehalt, wenn du mit 63 Jahren in den Ruhestand trittst, und 45 Dienstjahre voll hast, wobei die Ausbildungszeit nur zu 2/3 angerechnet wird. Dazu werden Durchschnittsbeträge hinzugerechnet, die du durch gute und herausragende Leistungen während deines Berufslebens erarbeitet hast oder leistungsmindernde Zeiten einer Schlechtleistung, die



Sein schwerster Fall

und Bio nichts, da brauchst du 15 Punkte in Mathe!

Rheinland-Pfalz

Die Info-Suche bei der Polizei in RLP brachte mich an den Rand des Wahnsinns.

Da kannst du als Anwärter für den gehobenen Dienst anfangen, brauchst Fachhochschulreife, musst gesund sein und sportlich kein Schlaffi. Du kriegst ein Anwärtergehalt, musst aber privat irgendeine Krankenversicherung abschließen zu 60 %, der Rest wird über den Dienstherrn gedeckt. Vor 2007 hat der Dienstherr mit 50 % geleistet, jetzt ist

Nach der Ausbildung bist du Kommissar. Wie viel Geld du für diesen Titel bekommst, hängt davon ab, wo du eingesetzt wirst: In Mainz beim Präsidium heißt du zwar Kommissar, aber bezahlt wirst du nach der Besoldungsgruppe F 9 – früher hieß das A 9 – weil in Mainz ein natürlicher Ausgleich zwischen Bewerbern und Stellen besteht. Das hat irgendetwas mit der Marktlage zu tun.

Kommst du nach Trier, bist du zwar auch Kommissar, wirst aber nach F 8 bezahlt. Das sind 150 Euro weniger, weil es in Trier einen Bewerberüberhang gibt und daher die Marktlage zu deinen Ungunsten wirkt.



einen nicht nur als geringfügig erachteten Zeitraum angedauert haben müssen, in Abzug gebracht.

Is mir schlecht!

Baden-Württemberg

In BW wirst du für den mittleren Dienst als Polizeimeister-Anwärter eingestellt. Du bekommst

FÖDERALISMUSREFORM

freie Heilfürsorge, brauchst also keine private Krankenkasse. Nach der Ausbildung bist du Polizeimeister in der Besoldung P 8, was ungefähr der F 8 in RLP entspricht, jedoch wegen der 20

%igen Leistungsspanne in der Basisbesoldung anfangs deutlich weniger im Geldbeutel bedeutet.

Der Zugang zum gehobenen Dienst ist grundsätzlich für jeden möglich, aber pro Semester eine

Studiengebühr von 500 Euro fällig. Die Erteilung von Leistungskomponenten während der Ausbildung zum Bachelor ist ausgeschlossen. Die Lebensarbeitszeit ist variabel festgelegt, entweder

mit dem 66. Lebensjahr oder nach 45 Dienstjahren. Die Wochenarbeitszeit beträgt 44 Stunden. Mehr-Stunden werden leistungsfördernd auf das Basisgehalt angerechnet.

Wenn du mit 66 Jahren oder nach 45 Dienstjahren in den Ruhestand gehst, bekommst du ein Ruhegehalt in Höhe vom 70 % des letzten Basisgehalts aus deiner Besoldungsgruppe, die du zum Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand seit 60 Monaten inne hattest. Wer 25 Jahre Wechselschichtdienst geleistet hat, kann schon mit 63 Jahren in den Ruhestand, erreicht aber die

Die Lebensarbeitszeit errechnet sich nach der Dienstzeit (45 Jahre), wobei die Ausbildungszeiten in der Polizei voll angerechnet werden. Eine Wochenarbeitszeit gibt es nicht, sondern ein Jahresarbeitszeitkonto. In diesem Jahr hat man 2.184 Stunden zu erbringen.

Urlaub bekommt man 30 Tage im Jahr. Man muss 20 Tage davon als Erholungsurlaub nehmen. Die



Höchstversorgung von 70 % nicht.

Wer im Ballungsraum Stuttgart seinen Dienst verrichtet hatte, kann wegen der höheren psychischen und physischen Belastungen schon nach 40 Jahren Dienst in den Ruhestand gehen, erreicht aber auch die 70 % Höchstversorgung nicht.

Kommt ihr noch mit – ich weiß selbst nicht mehr genau was Sache ist.

Saarland

Auch im Saarland kann man zur Polizei gehen, aber nur wenn man im Saarland wohnt. Das nennt man Residenzpflicht. Die stellen aber nur wenige ein, die anderen übernehmen sie aus RLP; das ist billiger als selbst auszubilden.

Man wird für den mittleren Dienst eingestellt, als Polizeimeisteranwärter in der Besoldungsgruppe SB 7 (Saarländische Besoldungsordnung). Die liegt irgendwo zwischen der pfälzischen F 8 und der badischen P 8.

restlichen 10 Tage kann man nehmen oder ansparen, um später früher in Rente gehen zu können.

Die Höchstversorgung liegt bei 66,66 % der ruhegehaltfähigen Besoldungsbestandteile. Diese bestehen aus dem zuletzt, seit mindestens 48 Monaten, erhaltenem Grundgehalt und dem Durchschnitt der während der Dienstzeit erhaltenen Motivationsstufen (wusste gar nicht, dass es mehrere Stufen der Motivation gibt). Um die Berechnungsformel zu begreifen, braucht man mindestens 12 Semester Mathe!

Hessen

Auch in Hessen wird ein eigenes Süppchen ge„Koch“t. Dort muss man zuerst 6 Semester an einer externen Fachhochschule studieren. Diese wird im Länderverbund mit Thüringen betrieben. Es gibt während des Studiums keine Kohle höchstens BAföG.

Die Hessen können sich nach dem abgeschlossenen Studium bei der Polizei bewähren und wenn man einen guten Abschluss

erreicht hat, wird man als Kommissaranwärter gehobener Dienst eingestellt. Nach der Praxisbewährung wird man Kommissar

Noch Fragen Kienzle? - stöhn-. Um mich und Euch nicht noch mehr zu verwirren, habe ich es uns erspart, auf die unterschiedlichen



und erhält eine Besoldung nach P 9 der HPBesVO (Hessische Polizei Besoldungsverordnung). Diese Bewertung liegt zwischen der früheren A 8 und A 9.

Die Krankenversicherung erfolgt über die FreiHHeilFüK (Freiwillige Hessische Heilfürsorge Kasse), wobei mich das Wort „freiwillige“ ein bisschen stutzig macht.

Die Regelaltersgrenze liegt bei 63 Jahren. Die Arbeitszeit wird über ein Jahresarbeitszeitkonto geregelt. Pro Jahr sind 1.955 Stunden einzubringen. Dafür gibt's keinen extra aufgeführten Urlaub, der ist bei dieser Stundenabrechnung schon berücksichtigt..

In den Ruhestand trittst du in der Regel mit 63. Um die Höchstversorgung von 71 % zu erreichen, brauchst du 43 Dienstjahre. Für die Berechnung der Versorgung wird der Durchschnitt aller Einkünfte aller Dienstjahre genommen inklusive der Leistungsbestandteile. Die 71 % erscheinen viel, jedoch nur, wenn man nicht daran denkt, dass man ja gehaltsmäßig klein anfängt und erst später die höheren Dienstgrade kommen. Denn wenn man mal von den Leistungsgeschichten absieht, sind 69,75 % aus F 11 (A 11) RLP Grundbesoldung eben mehr als 71 % aus 15 Jahre P 9, 20 Jahre P 10 und 8 Jahre P11 Hessen.

Verfahrensweisen bei Weihnachtsgeld (oder Sonderzuwendung wie das auch heißt) einzugehen. Da reicht die Bandbreite von Nichts über 30 % und 50 % bis zu 55 % eines Monatsgehaltens manchmal als Einmalzahlung am Jahresende oder monatlich anteilig ausbezahlt.

Die Geschichten mit Zulagen, Erschwerniszulagen, Polizeizulagen und so Begriffe wie Dienst zu ungünstigen Zeiten begreift sowieso keine Sau. Auch eine eingehende Schilderung der Ausgestaltung der so niedlich klingenden Leistungselemente – wie, wer und warum die kriegt – würde Seiten füllen.

Und alles hat angefangen mit Gesetzesänderungen und den unverfänglichen zwei Worten im Artikel 33 Absatz 5 Grundgesetz „... und fortzuentwickeln ...“

Egal zu welchem Dienstherrn ich vielleicht gehen werde, auf alle Fälle geh ich in die Gewerkschaft der Polizei. Nicht, dass die Politik den Polizeiberuf in Zukunft nur noch abwickelt, ähnlich wie die Globalplayer in der Wirtschaft.

Auch für einen sicheren Arbeitsplatz gibt es eine Schmerzgrenze.

Gruß Euer ver(w)irrter W.

Mitmachen und gewinnen!

Der abgebildete MINI ONE und viele anderen attraktive Preise sind bei unserer WM-Mitgliederwerbeaktion und bei unserem GdP-WM-Quiz zu gewinnen.

Alle Kolleginnen und Kollegen die bis zum Endspiel der FIFA Fußball Weltmeisterschaft 2006 ein neues Mitglied für die GdP werben, haben die Chance diesen MINI ONE im Wert von 15.250 Euro zu gewinnen. Gewinnchancen gibt es für jede erfolgreiche Werbung, so dass sich die Chancen verdoppeln oder verdreifachen, wenn man mehrere Mitglieder wirbt.



Zusätzlich haben alle Kolleginnen und Kollegen, die unser WM-Quiz im Internet – www.gdp.de – erfolgreich lösen, eine Chance, dieses Fahrzeug oder einen der vielen anderen attraktiven Preise zu gewinnen.

Zu gewinnen gibt es außerdem:

- 1 Laptop
- 10 Digitalkameras
- 2 mobile Navigationssysteme
- 2 digitale Videokameras
- 2 mobile DVD Player
- 2 iPods
- 8 MP 3 Player
- mehrere Reisegutscheine
- vier Kurzreisen
- diverse Hotelgutscheine
- 1 Fußball mit den Unterschriften der deutschen Nationalmannschaft



D. Michael

Fotos: D. Michael, BMW AG

Ausgenommen von der Teilnahme sind die Beschäftigten der Gewerkschaft der Polizei sowie der Organisations- und Servicegesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH und vom VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Eine Barauszahlung der Gewinne ist nicht möglich.

WM 1974 – WM 2006

Erinnerung und Ausblick



Die Fußball-WM rückt in greifbare Nähe und ganz Deutschland ist im Fieber – im Fußball-Fieber, aber auch im Sicherheits-Fieber. Wie war das eigentlich 1974 bei der WM? Zwei Kollegen, die damals dabei waren, erinnern sich bzw. bewerten die Vorbereitungen:

Keine Panik

von Gerd Thöne

Vergleicht man die Vorbereitungen der Sicherheitsmaßnahmen zur WM 1974 mit denen zur WM 2006, stellt man viele Parallelen, aber auch zahlreiche Gegensätze fest. Nach dem Überfall der palästinensischen Terroristen während der Olympischen Spiele 1972 auf die israelische Mannschaft in München stand die WM 1974 unter einem Sicherheitsaspekt, wie nie zuvor in der Bundesrepublik. Kritiker sprachen von einer nahezu „vollsterilisierten WM“. Mannschaften verschwanden hinter Stacheldrahtzäunen und verrammelten Hoteltüren. In Stadien waren Sicherheitsgräben eingebaut worden. Erstmals durften keine Flaschen und sonstige Wurfgegenstände mit in die Stadien genommen werden. Einlasskontrollen mit Leibesvisitationen unter Beteiligung der Polizei wurden durchgeführt.

Sah man 1974 im aufkeimenden Terrorismus der Bader-Meinhoff-Bande eine gewisse Bedrohung, sieht man sie heute im Weltterrorismus von Al-Kaida usw. Der Bundesinnenminister befürchtet die schmutzige Bombe irgendwann und irgendwo, Sabine Christiansen malte in ihrer Fernsehsendung das Horrorszenerium an den Himmel und verwies auf München 1972. Wurden 1974 die nach den Ereignissen in München aufgebauten Sondereinsatzkommandos in das Sicherheitsprogramm eingebunden, ist das heute selbstverständlich und man for-

dert zusätzlich Awacs-Überwachungsflugzeuge an und will die Bundeswehr im Inland mit Polizeiaufgaben betrauen. Selbstverständlich tun wir gut daran,



Fußball-WM 1974: Von hoher Warte unter dem Stadionsdach überwachten Polizisten am 19. Juni im Dortmunder Westfalenstadion das Geschehen um das Gruppenspiel zwischen den Niederlande und Schweden.
Foto: dpa

jegliche Bedrohung ernst zu nehmen und die Vorbereitungen zur WM 2006 darauf abzustellen. Doch sind es nicht nur die extre-

men Bedrohungen, die uns herausfordern.

1974 war ich als Angehöriger der BPA I Bork in den Stadien in Düsseldorf, Gelsenkirchen und Dortmund eingesetzt. Damals machte man uns Angst vor den „ach so bösen Fans“ aus Holland. 2006 warnt man vor den Hooligans aus England und Polen, vor Hooligans und Ultras aus Deutschland und sonstigen

ländischen Fans als nette Gäste mit durchaus vertretbarem Patriotismus. Selbst meine vom Wind über den Sicherheitsgraben gewehrte Polizeimütze warf mir einer dieser Fans zurück. 2006 kann das vermutlich keinem Polizisten mehr passieren, weil die FIFA ja bestimmt hat (man höre und staune!), dass die Polizei verdeckt operieren soll, schließlich steht die WM 2006 unter dem Motto „Die Welt zu Gast bei Freunden“.

Zeigte man 1974 noch offene Präsenz in den Stadien, versteckt sich die Polizei 2006 nunmehr in den Katakomben der Tribünen. Aber macht das den entscheidenden Unterschied? Obwohl wir 1974 in den Stadien auf allen Ebenen verteilt waren, auf den Laufbahnen Doppelstreifen gingen und zum Teil auf niedrigen Bänken hinter den Toren in Bereitschaft saßen, konnten auch wir nicht verhindern, dass mitten auf dem Platz eine Nationalflagge der damaligen DDR verbrannt wurde. Saßen wir 1974 noch in Straßenuniform im Stadion, wird man 2006 nur noch Polizisten in Einsatzanzügen feststellen, sofern sie sich zeigen müssen.

Auf uns selbst verlassen!

Bei all der Einflussnahme von Politik und selbsternannten Sicherheitsexperten rate ich jedenfalls dazu, polizeilicherseits die Vorbereitungen professionell weiter voran zu treiben, Panikmachern Paroli zu bieten und der WM mit Freude entgegen zu sehen, damit die WM 2006 auch tatsächlich ein Freudenfest wird. Ich bin davon überzeugt, dass die Einsatzkräfte, die Woche für Woche die ausverkauften Fußballstadien sicherheitstechnisch bundesweit nahezu voll im Griff haben, auch dieses besondere Event meistern werden. Das bedingt allerdings, dass man sie in bewährter Manier arbeiten lässt. Insbesondere sollte man die erfahrenen Poli-

zeiführer jeder Ebene in ihren gewohnten Einsatzabschnitten frei agieren lassen und nicht durch höher bezahlte Polizeiführer ersetzen, die ihrerseits Erfahrungen nur durch „Sandkastenspiele“ gesammelt haben. Die Probleme werden sich aus meiner Sicht eh nicht in den Stadien selbst ergeben, sondern in den Innenstädten. Dort werden nämlich die eigentlichen Fans, Kuttenträger und Ultras vertreten sein, weil die Masse für die Stadien sowieso keine Eintrittskarte bekommen hat. Insofern wird die Sicherheit der WM nicht unmaßgeblich von den „Alltagsdienstkräften“ aller Polizeiwachen in der Bundesrepublik Deutschland abhängen. Doch auch die werden ihre Arbeit professionell erfüllen und für Sicherheit bei der WM sorgen. Dabei wird die Polizei auch ganz auf sich alleine gestellt sein. Ich jedenfalls möchte mich nicht auf die innere Sicherheit durch

Bundeswehrsoldaten verlassen, denen man zwar in 10 Monaten Pflichtwehrdienstzeit hoffentlich gut beigebracht hat, wie man die Bundesrepublik im Ernstfall militärisch verteidigt, aber ansonsten nur über Erkenntnisse aus den Ausbildungen vor der Bundeswehrzeit verfügen dürften. Insofern gehe ich davon aus, dass Herr Schäuble meint, dass die innere Sicherheit von Schülern, Studenten, Angestellten, Bäckern, Schlossern, Kaufleuten und sonstigen Berufsständlern gewährleistet werden kann! Eben genau das wird nicht funktionieren und deswegen sind wir gut beraten, uns auf uns selbst zu verlassen!



Polizei-Präsenz beim Spiel Italien gegen Argentinien (1:1) vor 70.000 Zuschauern am 19. Juni 1974 im Stuttgarter Neckarstadion Foto: dpa

WM in Kamen von Eberhard Petri

Während der Fußball-WM 2006 wird sich die spanische Fußball-Nationalmannschaft im Sportzentrum Kamen-Kaiserau (früher Sportschule Kaiserau) aufhalten. Kamen ist eine Stadt

am östlichen Rand des Ruhrgebiets mit fast 50.000 Einwohnern, das Sportzentrum eine Einrichtung des Fußball- und Leichtathletik-Verbandes Westfalen. Dass hier Nationalmannschaften während einer WM Quartier nehmen, ist nichts Neues. Das gab es bereits während der WM 1974. Zunächst erschien die bulgarische Mannschaft bereits eine Woche vor Beginn der WM. Angesichts

der Ereignisse bei den Olympischen Sommerspielen 1972 in München (Überfall auf die israelische Delegation) und beginnender Aktivitäten „Bader-Meinhoff“ stellte sich auch in Kamen die Frage: Was mochte/konnte hier passieren?

Die Kreispolizeibehörde Unna als örtlich zuständige Polizeibehörde richtete einen ständigen Objektschutz für die Sportschule ein und stellte für Ausfahrten der Mannschaft einen Begleitschutz.

Im Pfortnergebäude der Sportschule wurde eine Polizeiwache mit all der damals vorhandenen Technik eingerichtet und ein Wachbetrieb rund um die Uhr mit Posten- und Streifendienst.

Ich als frischer Polizeikommissar war neben meinem Hauptamt mit der Leitung dieser Wache betraut. Darüber hinaus sollte ich den Kontakt zur bulgarischen Delegation herstellen und halten. All das verlief völlig problemlos: Während der Ausfahrten (Fahrten zu Freundschaftsspielen, zu Empfängen und zu den WM-Spielen) befand ich mich als Verbindungsbeamter im Bus, ausgestattet mit einem Handfunksprechgerät, mit dem ich Verbindung zum Bergleitschutz halten konnte.

Bulgarische WM-Spiele fanden in Düsseldorf, Hannover und Dortmund statt. Nach Hannover reiste das Team einen Tag früher an, übernachtete in der dortigen Sportschule und wünschten, dass ich während ihres gesamten Aufenthalts bei ihr bleiben sollte.

Da das bulgarische Team keins ihrer Spiele gewinnen konnte, verließ es nach drei Wochen Kamen-Kaiserau Richtung Heimat. Damit war es mit der Ruhe vorbei:

Die deutsche (bundesrepublikanische) Mannschaft erschien in Kamen – unmittelbar nach dem in Hamburg verlorenen Spiel gegen die andere deutsche, die DDR-Mannschaft. Entsprechend war zunächst die Stimmung.

Schon lange vor Eintreffen des Busses konnten wir erheblich verstärktes öffentliches Interesse feststellen. Sogar über Zäune und durch private Gärten versuchte

Fortsetzung Seite 32

Erfolg von EuroCOP in Bratislava findet Echo in der Tschechischen Republik

Kurz nach der erfolgreichen Intervention zur Unterstützung der Gewerkschaft der Slowakischen Polizei (siehe DP 1/06) in der Slowakischen Republik trifft EuroCOP-Präsident Heinz Kiefer Kollegen der Tschechischen Polizeigewerkschaft in Prag.

Am 20. Februar 2006 war EuroCOP Präsident Heinz Kiefer auf Einladung des Vorsitzenden der Polizeigewerkschaft der Tschechischen Republik, Milan Stepanek, in Prag. Grund der Einladung war der Wunsch, sich über die Möglichkeiten einer europäischen Anbindung über EuroCOP zu informieren. Einmal vor Ort, konnte Heinz Kiefer die Gelegenheit ebenfalls nutzen, um sich ein Bild der Situation der Polizeibeschäftigten in der Tschechischen Republik zu machen.

Der Besuch in der Tschechischen Republik erfolgte nur kurz nach der erfolgreichen Intervention von EuroCOP im Nachbarland Slowakei: Dort ist der Dialog zwischen Gewerkschaft und Regierung wieder in Gang gekommen und der zuvor vom Innenminister degradierte Gewerkschaftsvorsitzende Miroslav Litva wieder rehabilitiert.

Noch mehr als die Nachbarn in der Slowakischen Republik gilt die Tschechische Republik auf wirtschaftlichem Gebiet als europäischer Musterschüler: Kaufkraftbereinigt wird das Bruttosozialprodukt pro Kopf in 2006 wohl über dem von Portugal liegen. Damit wird erstmals eines der 10 Länder, die der EU am 1.5.2004 beigetreten sind, vor einem langjährigen EU-Mitglied liegen. Bis 2007 wird die Wirtschaftskraft der Tschechischen Republik nach Berechnungen von Eurostat voraussichtlich knapp 76 % des EU-Durchschnitts erreichen. Die Wirtschaftskraft Deutschlands lag in 2005 zum Vergleich bei 108 % des EU-Durchschnitts.

Davon, dass dieses positive Bild für die Kolleginnen und Kollegen

bei der Tschechischen Polizei nur eingeschränkt gilt, konnte sich Heinz Kiefer dann im persönlichen Gespräch mit den Kollegen der Polizeigewerkschaft überzeugen: Während bereits im Jahr 2002 eine grundsätzliche Einigung über

eine entsprechende Neuregelung für die Armee bereits 1999 erfolgt und nach allgemeiner Ansicht erfolgreich verlaufen ist, geriet das Reformpaket für die Polizei im Parlament nicht zuletzt wegen finanzieller Engpässe immer wieder ins Stocken.

Dabei zeigen sich die Konsequenzen der fehlenden Reform deutlich: Für die meisten Kolleginnen und Kollegen in der tschechischen Polizei gilt nach wie vor, dass



EuroCOP Präsident Heinz Kiefer (l.) und der Vorsitzende der slowakischen Polizeigewerkschaft Odborový zväz Policie (OzP) Miroslav Litva (r.) beim Slowakischen Parlament, 2. Dezember 2005 Foto: jv

ein großes Reformpaket für die Polizei erzielt wurde, verzögert sich die Umsetzung seitdem immer wieder. Dabei geht es nicht nur um eine Anhebung der Löhne, sondern gerade um zentrale Fragen für die Schaffung einer modernen Polizei:

Gegenstand der Reform waren nicht nur eine Neustrukturierung der Polizei, sowie eine Modernisierung des Laufbahnrechts und der Lohnstruktur, sondern auch eine Vielzahl von aus Sicht der Gewerkschaft und der Polizeiführung wichtiger Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Polizeiberufs für Einsteiger. Während

ihr Einkommen unterhalb des Durchschnittseinkommens der abhängig Beschäftigten liegt. Zusammen mit dem Fehlen eines modernen und transparenten Laufbahnrechts führt allein dieser Umstand dazu, dass die Bewerberzahlen für den Polizeivollzugsdienst immer weiter sinken und damit die Anforderungen an die Bewerber gesenkt werden müssen.

Wie in anderen Beitrittsländern auch, haben die Anforderungen der EU im Bereich der Korruptions- und OK-Bekämpfung zur Schaffung einer ganzen Reihe von Sonderdezernaten geführt. Da die-

se Dezernate schnell aufgebaut werden mussten, wurden die benötigten erfahrenen Beamten vorwiegend aus dem bereits vorhandenen Personalbestand der Polizei rekrutiert. Mit der Folge, dass heute in der Fläche hoch qualifiziertes Personal oft fehlt.

Hierunter leidet nicht zuletzt die öffentliche Wahrnehmung der Polizei – Vertrauen in die Polizei haben nach einer Eurostat-Umfrage aus 2004 magere 35% der Bevölkerung. Damit nimmt die Tschechische Republik lediglich einen Platz im hinteren Mittelfeld unter den 10 Ländern ein, die am 1. Mai 2004 der EU beigetreten sind. Ein weites Betätigungsfeld für den neuen Vorsitzenden der Polizeigewerkschaft NOSP-CR, Milan Stepanek und seine Kollegen, die ihre Hauptaufgabe für die nächsten Jahre darin sehen, die Verhandlungsposition der Gewerkschaft zu stärken und konstruktiv an der Bewältigung der Herausforderungen mitzuwirken, vor denen die Tschechische Polizei in den nächsten Jahren steht. Nicht zuletzt wird die für 2007 vorgesehene vollständige Umsetzung des Schengener Abkommens die Polizei vor neue Herausforderungen stellen, die sich kaum ohne moderne Strukturen bewältigen lassen. Die Umsetzung der Polizeireform in der Tschechischen Republik ist daher auch aus Sicht von Heinz Kiefer ein wichtiger Prüfstein für die Umsetzung von Schengen in der Tschechischen Republik.

EuroCOP begleitet den Prozess der Umsetzung des Schengener Abkommens in allen 10 neuen Beitrittsländern bereits seit 2 Jahren mit einer Konferenzreihe. Die nächste Konferenz am 31. Mai 2006 in Prag wird daher auch eine Gelegenheit für eine Bestandsaufnahme der Entwicklung in der Tschechischen Republik sein. Für die Tschechische Polizeigewerkschaft NOSP-CR, die nach dem Besuch von Heinz Kiefer als Co-Organisator der Konferenz auftreten wird, bietet sich damit eine gute Gelegenheit, den innenpolitischen Fokus noch mal auf die Lage der Polizei zu lenken.

jv

Auf ein Wort

Liebe Seniorinnen, liebe Senioren,

mit der 5. Bundesseniorenkonferenz vom 23. bis 25. April 2006 in Dresden kommt für mich die Zeit, Abschied zu nehmen und ich gestehe – nicht ganz ohne Wehmut. Es gilt, aus einem Ehrenamt auszuscheiden, das ich 12 Jahre – davon 8 Jahre als Vorsitzender der Seniorengruppe (Bund) – mit Freude und Engagement ausgeübt habe und ich hoffe, dass es mir gelungen ist, in dieser Zeit einen Beitrag zum Wohle unserer Senioren geleistet zu haben.

12 Jahre Seniorenarbeit, das sind viele Jahre Arbeit mit Menschen für Menschen. Das tun zu dürfen, dafür bin ich dankbar. Im Rückblick bin ich stolz darauf, sagen zu können: Es hat mir Freude gemacht, in dieser Zeit an der Gewerkschaftspolitik für unsere Seniorinnen und Senioren mitgewirkt zu haben. Das Wissen, Sinnvolles getan zu haben, bleibt für mich eine Bereicherung.

SENIORENJOURNAL – Worum ging es mir?

Mit meinen Beiträgen im SENIORENJOURNAL wollte ich u. a. Anregungen und Hilfestellungen geben, wie man das Alter innerlich annehmen kann und nicht einfach erleiden muss. Ebenso wollte ich deutlich machen, dass das „Älterwerden“, das „Alter“, auch eine Herausforderung bedeutet, und sofern wir diese Herausforderung annehmen, eine Chance, die Lebensqualität zu verbessern und eine Freiheit zu genießen, die früheren Generationen nicht gegeben war. Dies gelingt aber nur, wenn jeder einzelne bereit ist, sich aktiv dieser Her-

ausforderung zu stellen, sein Leben in die Hand nehmen und neue Sinn gebende Aktivitäten zu entwickeln. Hier ist jeder aufgerufen, jeder gefordert, denn wir sind selbst dafür verantwortlich, wie wir mit dem Älterwerden umgehen. Alter ist für uns zum Stichwort geworden und



es bleibt gut, es auch weiter so zu verstehen. Nach der derzeitigen Alterspyramide beträgt die nachberufliche Lebensphase immerhin 20-30 Jahre. Mit ein Grund, diesen Lebensabschnitt bewusster anzugehen, sinnvoll zu gestalten, ja, in eine erfüllte und abwechslungsreiche Zeit zu verwandeln nach dem Motto: „Jung bleiben, während man älter wird“.

Liebe Seniorinnen, liebe Senioren,

durch mein Amt auf Bundesebene hatte ich nicht oft Gelegenheit, euch „vor Ort“ anzusprechen, mit euch zu diskutieren oder Anregungen entgegen zu nehmen. Von daher war unser SENIORENJOURNAL alle zwei Monate für mich ein Forum, über unsere Aktivitäten und Initiativen zu berichten; aber auch in meiner Kolumne „Auf ein Wort“ Themen aufzugreifen, die uns Senioren interessieren und

betreffen. Es hat mich sehr gefreut, dass viele Artikel ein so positives Echo gefunden haben. Die vielen zustimmenden Zuschriften belegen dies. Sie liefern mir und den Mitverfassern den Beweis, dass wir mit unseren Ideen und Aktionen auf dem richtigen Weg sind. Kritische Zuschriften mit konstruktiven Vorschlägen waren für mich und die Verfasser des SENIORENJOURNALS stets willkommene Anregung, um das eine oder andere nochmals zu überdenken.

Mein besonderes Anliegen war es, euch bewusst zu machen: sich als Mensch mit einem reichen Erfahrungsschatz zu verstehen. Diese Erfahrungen konzentrieren sich darauf, wie verlässlich Worte sein müssen. Deswegen auch mein Kennwort: „Auf ein Wort“. Wenn uns als Senioren eine Aufgabe bleibt, dann die Verlässlichkeit auf unser gegebenes Wort. Verlässlichkeit schafft Vertrauen und Vertrauen regt an, zu offenem Austausch auch über die Generationengrenzen hinaus.

Mag dieses „Kennwort“ im SENIORENJOURNAL so nicht mehr erscheinen, es umschreibt einfach, was uns aufgetragen bleibt: Vertrauen zu rechtfertigen in der Verlässlichkeit des gegebenen Wortes. Denn die Frage, wem kann ich noch vertrauen, bewegt jung und alt in gleicher Weise. Sie möchte ihre Antwort finden im Wort, nicht aus „Schall und Rauch“, sondern als Du und Ich und Wir.

So verabschiede ich mich von dieser meiner bisherigen Aufgabe mit: „Auf mein Wort“ und verbleibe euch sowie der Seniorenarbeit der Gewerkschaft der Polizei verbunden.

Euer Heinz Blatt

Pilotprojekt „Mentoring-Programm“ startet

Um die Mitgliederwerbung, Mitgliederbetreuung und Mitgliederbindung weiter zu verbessern, haben sich die Geschäftsführenden Bundesvor-

stände der Seniorengruppe und der Jungen Gruppe auf ein „Mentoring-Programm“ (kurz: Hilfe und Unterstützung der Generationen untereinander in der

GdP) verständigt. DP hat in der Februarausgabe im Seniorenjournal dazu berichtet.

Eine Arbeitsgruppe befasst sich seit Anfang 2006 mit den von den beiden Geschäftsführenden Vorständen erarbeiteten „Spielregeln“ für die Umsetzung dieses Mentoring-Programms und man war sich darüber einig, dass anhand eines Pilot-Projekts getestet werden sollte, inwiefern das Programm für die Mitgliederbindung und Betreuung in der Gesamtorganisation GdP von Nutzen sein kann.

Als „Testländer“ stellten sich das Saarland und Hessen zur Verfügung. Die Arbeitsgruppe „Mentoring-Programm“ diskutierte daher am 7. März 2006 in Berlin mit Vertretern der beiden Landesbezirke den „Leitfaden der Zusammenarbeit“.

Mit Ergebnissen ist voraussichtlich Ende des Jahres zu rechnen. **hbl**



GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg ließ sich am 7. März in Berlin vom Seniorenvorsitzenden Heinz Blatt und dem für die Seniorenarbeit zuständigen GdP-Sekretär Hans Adams die Spielregeln des Mentoring-Programms erläutern. Foto: tetz

Lust auf Leben ... auch im Alter !

Lust auf Leben – auch im Alter ..., das ist das Motto der 5. Bundesseniorenkonferenz 2006. Diese findet vom 23. bis 25. April 2006 in Dresden statt.



In Dresden werden 111 Delegierte einen neuen Geschäftsführenden Bundesvorstand (Vorsitzender, stellvertretender Vorsitzender sowie Schriftführer) bestimmen. Darüber hinaus befassten sich die Delegierten und Gastdelegierten mit Anträgen zum Beihilferecht, Sozialversicherungsrecht, Versorgungsrecht sowie Steuerfragen.

Das Hauptreferat zum Tagungsmotto wird der Pallottiner-Pater Prof. Dr. Heribert Niederschlag, Rektor der Philosophisch-Theologischen Hochschule Vallendar, halten.

Grußworte werden erwartet vom Bürgermeister der Stadt Dresden, Detlef Sittel, dem Landespolizeipräsidenten, Klaus Fleischmann, dem DGB-Vorsitzenden von Sachsen, Hanjo Lucassen sowie dem GdP-Landesvorsitzenden Matthias Kubitz. Der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg wird den Teilnehmern der Bundesseniorenkonferenz die aktuellen gewerkschaftlichen Positionen darlegen.

Der gesellige Teil der Konferenz soll nicht zu kurz kommen. Ein Kommunikationsabend gibt Gelegenheit zum Meinungs- und Erfahrungsaustausch sowie zum Kennenlernen neuer Freunde bei der gewerkschaftlichen Seniorenarbeit. **HJA**

Ältere Beschäftigte: Tadellose Arbeitsleistung

Sie verfügen zwar über wertvolle Erfahrung, leisten aber weniger als ihre jüngeren Kollegen, so eine verbreitete Einschätzung.

Eine gemeinsame Studie des Personaldienstleisters Adecco mit der Universität Bremen zeigt: Diese Vorstellung ist nicht mehr als ein Klischee. Die Untersuchung in 13 großen deutschen Unternehmen ergab, dass die Leistungsfähigkeit eines Mitarbeiters nicht in direktem Zusammenhang mit seinem Alter steht.

Eine größere Rolle spielt das Wohlbefinden. Schätzt ein Mitarbeiter seine Gesundheit besser ein, ist auch seine Arbeitsleistung höher. Unabhängig von ihrem Alter scheint die Leistungsfähigkeit vieler Mitarbeiter tadellos zu sein: Gut 29 Prozent der Beschäf-

tigten werden von den Vorgesetzten als „sehr gut“ bewertet – mehr als sich selbst so wahrnehmen.

Auch andere Gemeinplätze über ältere Beschäftigte – die Studie verwendet den Begriff für über 45-Jährige – bestätigen sich nicht. Ältere fehlten seltener we-

gen Krankheit am Arbeitsplatz als Jüngere. Tendenziell nahm die Zufriedenheit im Job mit steigendem Alter zu. In Interviews gaben Arbeitnehmer an, gern mehr als bisher in altersheterogenen Teams arbeiten zu wollen, um gezielt Wissen an Jüngere weiterzugeben. **Böckler Impuls 5/2006**



man in die Nähe der jetzt rigoros abgesperrten Sportschule zu kommen. Einigen gelang es sogar. Die Anhänger waren aber immer so vernünftig, dass sie polizeilichen Verfügungen ohne Widerstände nachkamen.

Der Ermittlungsdienst stellte rund um die Uhr einen Sachbearbeiter, tagsüber sogar noch einen zweiten.

Pressekonferenzen, die vor allem nach der Niederlage gegen die DDR sowohl seitens der Journalisten als auch seitens der Teammitglieder emotionsgeladen verliefen wurden ins 300 m entfernte Bürgerhaus Methler verlagert, das polizeilich durch den Streifen dienst und während der Pressetermine von einem Objektschutz überwacht wurde.

Teammitglieder brachte ich im FuStkw (VW-Käfer) zum Studio, Und der Chef des Organisationskomitees, Hermann Neuberger, besuchte die deutsche Mannschaft in der Sportschule per Hubschrauber des BGS. Ob Franz Beckenbauer im Sommer 2006 auch dieses Transportmittel erhält?

Auch sonst war es manchmal seltsam, was alles von der Polizei erwartet wurde: Die damalige Sportschule hatte viel Ähnlichkeit mit einer Kaserne. Ausgang für die Spieler war nicht vorgesehen. Das hielt einige nicht davon ab, schon mal nachts durch ein Kellerfenster zu verschwinden. Die Delegationsleitung verlangte daraufhin von mir, die Polizei solle diese Spieler namhaft machen. Mangels Rechtsgrundlage verzichteten wir allerdings auf solche Maßnahmen.

Nach dem gewonnenen Spiel gegen Jugoslawien jubelten nach Mitternacht bei strömendem Regen Hunderte von Anhängern der deutschen Mannschaft beim Eintreffen in Kamen zu. Das nächste Spiel sollte in Frankfurt stattfinden. Wir begleiteten den Bus bis nach Hofheim im Taunus. Dort war für uns und die unterstützenden Kräfte aus den benachbarten Behörden die Fußball-WM 1974 (bis auf die Nachbereitung) beendet.

Das „Wasserballspiel“ gegen Polen in Frankfurt konnten wir uns in Ruhe zu Hause vor dem Fernseher ansehen.



Einsatzrecht kompakt

Teil 1 enthält eine Übersicht über die wichtigsten Befugnisse sowie Strafvorschriften/Ordnungswidrigkeiten u. a. nach dem Bundespolizeigesetz, der Strafprozessordnung, dem Gesetz über den unmittelbaren Zwang, dem Versammlungsgesetz, dem Aufenthaltsgesetz, dem Waffengesetz, dem Betäubungsmittelgesetz und dem Passgesetz.

Teil 2 mit den grafisch dargestellten wichtigsten Tatbeständen des StGB und des StVG wurde durch knappe Kommentierungen ergänzt.

Der Teil 3 mit acht Belehrungen/Rechtsbehelfsbelehrungen bei Maßnahmen nach dem BPolG, den Polizeigesetzen und der StPO sowie bei Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten rundet das Nachschlagewerk ab.

Die Neuauflage wurde ferner um den Bereich der verdeckten Maßnahmen erweitert. Der Verfasser hat darüber hinaus u. a. das novellierte Zuwanderungsrecht, das Waffenrecht und das Luftsicherheitsrecht eingearbeitet.

Einsatzrecht kompakt, Schlagworte – Schaubilder – Erläuterungen, Ralf Gnüchtel, Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG, 2006, 2. aktualisierte und erweiterte Auflage, 366 Seiten, 22,90 Euro, ISBN 3-415-03579-4



Kriminaltechnik

Der Lehr- und Studienbrief „Kriminaltechnik I“ behandelt die Grundlagen der Kriminaltechnik, die verbindlichen Begriffe und Definitionen, die Methoden der Spurensuche und -sicherung, die menschlichen Ab- und Eindrucks-

puren durch Haut, Finger, Handflächen, Fußsohlen, Ohren und Lippen, die übrigen Ab- und Eindrucksuren durch Schuhe, Handschuhe, Reifen, Werkzeuge, Schlüssel, Biss, Prägezeichen und Materialsuren (Die Fortsetzung der Spurenbereiche erfolgte aus Platzgründen in Lehr- und Studienbrief Nr. 3 „Kriminaltechnik II“, siehe DP 2/06).

Der Inhalt ist auf die Ausbildung, die Fortbildung und die Praxis ausgerichtet. Er entspricht dem Curriculum der Fachhochschulen. Der bei über 90 Prozent aller Delikte zu Geltung kommende Sachbeweis kann mit dieser Anleitung erfolgreich durchgeführt werden.

Der Text wurde besonders verständlich für die Arbeit im Rahmen derund Auswertungsmaßnahmen verfasst und durch zahlreiche Abbildungen ergänzt. **Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik/Kriminologie Band 2, Kriminaltechnik I, Robert Weihmann, VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, 128 Seiten, 14,90 Euro, ISBN 3-8011-0515-6**



Verkehrsunfallaufnahme

Damit Verkehrsunfallopfer, Verwandte und Hinterbliebene nicht noch einmal zu Opfern werden, spielt die Qualität der Verkehrsunfallaufnahme durch die Polizeibeamtinnen und –beamten im Rahmen des Opfer schutzes und der Opferhilfe eine wesentliche Rolle.

Für die Polizei stellt der Bereich der Verkehrsunfallaufnahme ein Aufgabengebiet dar, in dem besonders hohe Ansprüche an die Qualität ihrer Arbeit gestellt werden. Die Kenntnis unterschiedlichster Rechtsgebiete ist hier mit überdurchschnittlichem Wissen über physikalische, technische, kriminaltechnische und -taktische Gegebenheiten zu kombinieren. Daneben haben die Beamtinnen und Beamten in zum Teil extrem

belastenden Situationen im Umgang mit Beteiligten ein besonderes Maß an Verantwortung. Als Beitrag zur Erlangung der Kompetenz für ihre verantwortungsvolle Arbeit wurde dieses Buch für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte im Studium an sämtlichen Ausbildungseinrichtungen der Polizei verfasst. Es stellt darüber hinaus auch in der polizeilichen Fortbildung und in der Praxis eine wertvolle Hilfe dar.

Die Neuauflage berücksichtigt neben der Aufnahme des Drogenvortests „DRUGWIPE“ gesetzliche Änderungen u. a. im Gefahrgutrecht und die rapide zunehmende Bedeutung des „genetischen Fingerabdrucks“ für die polizeiliche Ermittlungsarbeit.

Verkehrsunfallaufnahme, Unfallort – Tatort – Physikalische Grundlagen – Recht, Maßnahmen, Richard Taschenmacher, VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, 528 Seiten, DIN A5, Broschur, 25,90 Euro, ISBN 3-8011-0500-8



Erste Hilfe im Polizei-Einsatz

Dieser Erste-Hilfe-Leitfaden richtet sich explizit an die Berufsgruppen Polizei und Sicherheitsdienste. Kompakt verständlich geschrieben übersichtlich gestaltet und anschaulich illustriert, hilft das Handbuch beim schnellen und kompetenten Handeln in Notfallsituationen.

Besonders hervorzuheben ist das Kapital zur Frühdefibrillation, die bei Polizei und Sicherheitskräften als lebensrettende Sofortmaßnahme zunehmend an Bedeutung gewinnt. Darüber hinaus entspricht der Inhalt ganz aktuell den neuen europaweit gültigen ERC-Empfehlungen zur Reanimation vom November 2005.

Erste Hilfe Im Polizei-Einsatz, Carsten Roelecke, Britta Voller, S+K Verlag, 184 Seiten, 22,50 Euro, ISBN 3938179198